

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

294 (16.12.1922)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zu stellen 50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 510 M monatlich. Einzelnummer 20 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonietexte 40.- M, auswärts 50.- M. Die Restanzeige 150.- M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eingreifen Amerikas?

W.A. London, 15. Dez. (Drahtber.) Die hier aus Amerika einlaufenden Nachrichten unterstützen den Optimismus, der nach dem Einschwenken Harding's auf das Gebiet der europäischen Außenpolitik allenthalben befeuert wird. Nach den letzten Meldungen wird es bestätigt, daß die Beziehungen zwischen Morgan, Harding und dem Staatssekretär Hughes sich in der Tat mit der Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe an Deutschland befähigt haben. In Washingtoner Regierungskreisen wird gleichfalls die Meldung bestätigt, daß als Höhe der Eventualanleihe 1 1/2 Milliarden Dollar genannt wird.

W.A. London, 15. Dez. Wie der Washingtoner Berichterstatter der „New York World“, glaubt man allgemein, obwohl eine amtliche Bestätigung noch aussteht, daß Morgans Besuch bei Hughes am letzten Mittwoch der Möglichkeit einer großen internationalen Anleihe an Deutschland unter der Voraussetzung, daß Frankreich einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zustimme, galt. Der Berichterstatter fügt hinzu, diese Anleihe werde in Regierungskreisen mit 1 1/2 Milliarden Dollars angegeben. Der „New York Herald“ bestätigt diese Zahlen und bemerkt, die amerikanische Regierung und die amerikanischen Bankiers nehmen ein direktes Interesse daran.

Diese Nachrichten scheinen eine reale Unterlage zu haben. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, hat amtlich erklären lassen, daß die amerikanische Regierung alles mögliche tue, um eine Entwürfung des europäischen Schuldenproblems zu erreichen. Die beteiligten Regierungen würden bis zum 2. Januar nächsten Jahres über die Haltung Amerikas unterrichtet werden. Die Bedeutung dieser Nachricht kann nicht unterschätzt werden; denn eine endgültige Regelung des internationalen Schuldenproblems und der Reparationsfrage ist ohne eine Teilnahme Amerikas, das Hauptgläubigers der Entente, und des Weltfinanziers, nicht denkbar. Ist

Amerika jetzt bereit, aus der kühlen Reserve des Beobachters herauszutreten, so sind endlich alle Faktoren beisammen, die notwendig sind, um zu einer Entwürfung zu gelangen. Allerdings wäre es zu früh, jeden Optimismus fallen zu lassen. Noch kennen wir die Haltung Amerikas nicht, noch sind die Bedingungen nicht bekannt, unter denen die Vereinigten Staaten bereit sind, sich an der Entwürfung zu beteiligen. Wir wissen aus früheren offiziellen Erklärungen, daß man in Washington großes Gewicht auf die Nennung der besetzten Gebiete und auf einen endgültigen Verzicht Frankreichs in der Annexionsfrage legt. Wir wissen weiter, daß Amerika der Ansicht ist, eine beträchtliche Verminderung des französischen Seeresbudgets sei notwendig, um den französischen Staatshaushalt auf eine gesunde Basis zu stellen. Es bleibt also abzuwarten, welche von diesen Forderungen Amerika aufrecht erhält und inwieweit Frankreich bereit ist, diesen Wünschen entgegenzukommen.

Ein neuer Reparationsplan

Berlin, 16. Dez. (Revala.) Staatssekretär a. D. Bergmann erklärte gestern nachmittag in einer Pressekonferenz Bericht über seine Londoner Verhandlungen. Nach den Mitteilungen Bergmanns soll die durch die deutschen Vorschläge gestaffelte Lage nicht ganz so günstig sein als man anfänglich anzunehmen geneigt war. Das Kabinett wird sich heute abends in einer Sitzung mit dem Reparationsproblem beschäftigen. Eine sozialdemokratische Korrespondenz meldet, daß bei der Regierung die Ansicht besteht, einen Plan über die endgültige Lösung der Reparationsfrage vorzubereiten. Vor allem sollte man bestrebt zu sein, Garantien anzubieten. Die Garantienfrage soll dem „Berl. Volkt.“ zufolge in Verantwortung des Reichsfinanzministers Dr. Herzog und des Staatssekretärs Bergmann mit den maßgebenden deutschen Bankiers besprochen werden. Mehrere Blätter melden, daß der Reichsfinanzminister im Laufe des heutigen Tages die Führer der politischen Parteien zu einer Besprechung über das Reparationsproblem und die allgemeine politische Lage empfangen wird.

Freie Wirtschaft oder Gemeinwirtschaft

Zur Wohnungsfrage

Bei der Erörterung der Wohnungsfrage wird sehr viel mit Schlagworten operiert. Weg mit der Zwangswirtschaft, sagen die einen. Die Zwangswirtschaft habe sich nirgends bewährt und wenn die Wohnungsfrage bis jetzt noch keine Lösung gefunden habe, so sei daran nur die Zwangswirtschaft schuld. Demgegenüber kann man auf die Tatsache verweisen, daß die freie Wirtschaft bis jetzt auch nicht imstande war, die große Masse des Volkes angemessen erträglich mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen und daß diese Versorgung nur in fortgesetzter steigender Preisen vor sich geht. Gätten wir die freie Wirtschaft im Wohnungswesen, dann hätten wir heute Mieten, die mindestens das 200fache des Friedenspreises betragen, ohne daß ein Unternehmer ein Mietshaus bauen würde, weil sich die neuen Käufer erst rentieren, wenn die Mieten auf mindestens das tausendfache gestiegen wären. Unsere Lebensmittelpreise steigen und fallen mit dem Dollarkurs, d. h. mit dem Geldwert. Es besteht die Möglichkeit, daß einmal ein rasches Sinken der Preise eintritt. Anders liegen die Dinge bei den Wohnungen und bei Grund und Boden. Diese Preise steigen etwas langsamer als andere, sind sie aber erst einmal gestiegen, haben sich die Mietpreise in den Verkaufspreisen der Häuser und in ihrer hypothekarischen Belastung ausgewirkt, dann können die Preise gar nicht mehr fallen, ohne daß es große wirtschaftliche Störungen gibt. Diese Preise festigen sich, sie verhindern dann eine Besserung unseres Geldwertes und auf Jahrzehnte hinaus wäre das ganze Volk den Boden- und Hausbesitzern tributpflichtig.

Bei Miethäusern hielt man vor dem Krieg eine Verzinsung von 6 bis 7 Prozent für erforderlich, um die Hypotheken zu verzinsen, Steuern und Unterhaltungskosten zu bestreiten. Das reine Mietertragnis betrug für den Hausbesitzer in der Regel 5 bis 5 1/2 Prozent. Konnte der Vermieter die Miete höher treiben, so war ihm die Möglichkeit gegeben, einen höheren Verkaufspreis zu erzielen, weil der Wert der Mietshäuser nicht nach den Baukosten, sondern nach dem Mietertragnis bemessen wird. Würde die Zwangswirtschaft fallen, dann stiegen die Mietpreise und somit die Verkaufspreise. Wer für sich allein ein Wohnhaus besitzt, würde von dem Steigen der Preise nicht sofort betroffen. Mit der Zeit wird aber jeder, und vor allem jeder neue Käufer, in Mitleidenhaft gezogen. Mit dem raschen Steigen der Mieten müßten natürlich auch wieder die Löhne und Gehälter steigen, was wiederum neue Preissteigerungen im Gefolge hätte. Es wird aber sofort klar, daß für die Lohn- und Gehaltsempfänger die Sache mit der Erhöhung des Einkommens nicht ausgeglichen werden kann, wenn man bedenkt, daß mit dem Steigen der Mieten in ganz Deutschland für eine große Zahl von Personen das arbeitslose Einkommen, für welches sie keinen nennenswertigen Mehrwert erzeugen, gewaltig erhöht würde. Die Hausbesitzer lagen nun, alles ist in Preise gestiegen, warum soll gerade unsere Einnahme — und damit meinen sie die Reineinnahme — nicht steigen. Sie führen dann in der Regel irgend einen Fall an, wo eine Witwe, deren Mann das ganze Vermögen in ein Haus steckte, heute gar nicht mehr aus dem Haus ziehen kann und am Hungertode naht. Es ist richtig, daß in den letzten Jahren vor Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes sich Fälle ereigneten, wo die Miete dem Hausbesitzer nicht soviel einbrachte, als er Unkosten hatte. Diese Mängel sind jetzt aber beseitigt, und die Hausbesitzer wissen schon dafür zu sorgen, daß die Zuschläge zur Grundmiete den Geldverhältnissen entsprechend festgesetzt werden. Auch die andere Klage der Hausbesitzer, daß in den letzten Monaten die Festsetzung der Zuschläge nicht der Geldentwertung gefolgt sei, ist nicht richtig und kann nicht gegen die Zwangswirtschaft ins Feld geführt werden, weil einer so raschen Geldentwertung, wie wir sie in den letzten Monaten zu verzeichnen hatten, auch die Mietpreise unmöglich hätten folgen können.

Wir müssen daran festhalten, daß der Hausbesitz kein Gewerbe ist und der Hausbesitzer nicht anders behandelt werden kann als ein Rentner, sonst würden wir zu ganz großen Ungerechtigkeiten kommen. Der Normalfall im Hausbesitz ist der, daß der Vermieter 20 Prozent des Kapitals selber aufbrachte und 80 Prozent durch Hypothekenaufnahme deckte. Diese Hypotheken verzinst und tilgt der Hausbesitzer heute mit Papiereinkünften, und auch wenn die Miete noch so hoch steigen würde, würde er deswegen seinen Gläubigern keine Mark mehr geben, als er muß. Der freie Wohnungsmarkt müßte dazu führen, daß anstelle des alten Rentnerstandes ein neuer tritt.

Im Einzelfall würde sich die Sache etwa so gestalten: In einem Haus für 100 000 M hat der Vermieter 20 000 M angelegt, die Hypothekengläubiger 80 000 M. Die letzteren haben also 1/5 an dem Haus bezahlt. Würde auch nur eine Steigerung des Reinertrags an Haus auf das Zehnfache zugelassen, so wäre das Haus eine Million wert. Der Hausbesitzer hätte dann ein Vermögen von 920 000 M, also einen Zuwachs von 900 000 M.

Poincaré Bericht über London

Paris, 8. Dez. (Drahtber.) Zu Beginn der heutigen Kammerung wurde von dem kommunistischen Abgeordneten Lantier eine Interpellation über die Haltung der französischen Regierung in der Konferenz von Lausanne eingebracht. Der Zeitpunkt ihrer Beratung ist noch unbestimmt. Der Bericht über die Konferenz ist eine Darstellung über die politische Entwicklung der letzten Wochen; er lautet: Keines der politischen Ereignisse beruht die öffentliche Meinung zu irgend welcher Erregung. Die allgemeine Lage habe sich seit einem Monat nicht verschlechtert, sondern verbessert. Das Werk der Regierung sei in vollkommener Übereinstimmung mit den im Parlament gegebenen Erklärungen. Auf der Konferenz von Lausanne herrsche vollkommenes Einvernehmen mit den Alliierten, sowohl in der Meerengenfrage als auch in der Grenzfrage. Es genüge ihm, daß die Verständigung zwischen England, Italien und Frankreich zustande gekommen sei. „Wie werden“, so fährt Poincaré fort, „im vollen Einvernehmen mit unseren Alliierten handeln und dem Abkommen von Angora die Treue bewahren. Frankreich wird seine Stellung im Orient weiter vertiefen und verfestigen lassen.“ Die Türkei werden, so fährt Poincaré nach kurzen Worten über die Kapitulationen und den Wiederaufbau des Friedenskonferenzen und die Gefahr eines neuen Krieges im Orient herauszubekommen.

Auf der Konferenz von Lausanne sei das Problem der Reparationen und der internationalen Schulden behandelt worden. Die Besprechungen hätten in der gesündlichen und freundschaftlichen Atmosphäre stattgefunden. Der gegen Frankreich ungerichtete Vorwurf des Imperialismus werde in britischen Regierungskreisen niemals wiederholt werden. In London habe er einfach die Ideen, die er auch in der Kammer angeführt habe, entwickelt. Er habe seine Haltung in keinem Punkte zu ändern beabsichtigt.

Zu den deutschen Vorschlägen übergehend, erklärte Poincaré, es habe sich dabei um die Abschaffung der deutschen Schulden und um ein Moratorium von 4 bis 5 Jahren gehandelt, und zwar ohne Annahme des von den Alliierten entwickelten Reformprogramms hinsichtlich der Eingehung der Steuern, der Stabilisierung der Mark usw. Frankreich, das Ende dieses Jahres für Deutschland 100 Milliarden vorausgibt haben werde, könne auf seine Forderungen nicht verzichten. Die deutschen Schulden dürften nicht in gleichen Rang gestellt werden mit den Alliierten. Bei letzteren handle es sich nämlich um Kriegsschulden, die sie untereinander verteilten, zu Lasten Deutschlands gestellt wurden. Die Alliierten, die den Gedanken einer Entschädigung für alle Verluste und Schäden aufgeben müßten, hätten im Artikel 232 des Friedensvertrages selbst der Wiederermächtigung der verursachten Schäden eine Priorität über die Kriegsschulden zuerkannt. Sie könnten also unter sich die Zahlung der Kriegsschulden nicht verlangen, bevor Deutschland die Kriegsschulden repariert habe.

Frankreich, so fährt Poincaré fort, bestehe keinerlei Absicht, seine Kriegsschulden zu veräußern, aber es könne sie weder de jure noch de facto bezahlen, bevor es selbst Bezüge von Deutschland erhalten habe. Bei seiner Londoner Reise im August sei er auf die Valseur-Note gestoßen. Diesmal habe er Fortschritte erzielt. Es sei die Möglichkeit ins Auge gefaßt worden, eine Sonderregelung zu treffen, ohne auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten zu warten. Man könne ange-

sichts dieser Verhandlungen an eine europäische Regelung denken, ohne daß Frankreich etwas von dem operieren müßte, was Deutschland ihm schände. Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt und werde ihn niemals haben, militärische Expeditionen durchzuführen. Es wolle auch Deutschland keine Straffaktionen auferlegen, aber es solle in dem Maße besetzt sein, in dem es möglich sei.

Poincaré betonte sodann, daß Frankreich daran liege, gemeinsam mit den Alliierten vorzugehen. Sollte es aber isoliert vorgehen müssen, so würde das Frankreich nur auf gemeinsamen Konto übernehmen, für die alliierten Ingenieure und Zollbeamten die Plätze reservieren und die Kontrolle seiner Freunde über seine Maßnahmen verlangen. Frankreich würde in diesem Falle weder von einem militärischen Geißel noch von einer territorialen Eroberungsabsicht geteilt sein.

Poincaré, der dann die deutschen Vorschläge nochmals unannehmbar bezeichnete, entschuldigte sich schließlich bei der Kammer, daß er nicht mehr sagen könne. Er sei zur Reizerei verpflichtet, für die ihm gestern Bonar Law ein Beispiel gegeben habe. Wenn die Kammer aber glaube, daß die augenblickliche Regierung weniger geeignet sei als eine andere, so möge sie es sagen. (Großes Lachen.)

Hierauf sprach der Sozialist Deudot, der die Antragssetzung verlangte und die von Brandt benannte geäußerten Bedenken verwarf. Als er den Namen Brandt nannte, erhob sich dieser, um zu erklären, daß er sich freue, daß Poincaré die Solidarität der Alliierten aufrecht erhalten wolle und ihm seine Unterstützung leibe.

Hierauf stimmte die Kammer über den Verlangungsantrag der Interpellationsdebatte ab, der mit 288 gegen 235 Stimmen abgelehnt wird. Die Interpellationsdebatte dauert insgesamte von der Regierung, daß sie, bevor sie diese oder jene Maßnahmen trifft, deren Ergebnis und Auswirkung prüfe und sich klar mache, daß eine militärische Operation ohne vorherige Verständigung mit den Alliierten nicht von Dauer sein könne. Was die fiskalischen Maßnahmen anlangt, so wären sie zuerst in den besetzten Gebieten am Platze, die mehr als 7 Millionen Deutsche zählen.

Lantier wies der französischen Politik vor, sie lasse sich durch den Termin vom 15. Januar hypnotisieren, als ob an diesem Tage das Moratorium notwendig wäre. Möge man den Reichsfinanzminister Cuno beim Wort nehmen und die im Zahlungstatut vorgesehenen 500 Millionen Goldmark mit dem 20-prozentigen Abgabe von ihm verlangen. In den drei Rubriken ließen sich also wohl Abgaben erheben. Darauf wurde die Sitzung um 10 Uhr abends vertagt.

Um den Adskundentag

W.A. Berlin, 15. Dez. Auch bei der heutigen Beratung des Arbeitszeitgesetzes im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurden mehrere Anträge der Arbeitgeber angenommen, welche die Umstände erweiterten, unter denen über die achtstündige Arbeitszeit hinaus Mehrarbeit zu leisten ist.

Die Sühne für Ingolstadt und Passau bezahlt

W.A. Paris, 15. Dez. Nach einer Havardmeldung ist die Summe von je einer halben Million Goldmark, die für die Zwischensfälle in Ingolstadt und Passau gefordert wurde, an die alliierten Regierungen übergeben worden.

di: Hypothekengläubiger hätten immer noch ihre 50 000 M. und müßten, falls sie bei dem Hausbesitzer wohnen, in einem Jahr mehr Miete bezahlen, als ihre ganze Hypothek ausmacht. Dieser Fall der Verarmung der Kapitalrentner würde sich hundertmal mehr ereignen als der von den Hausbesitzern immer angeführte Fall von der Verarmung des Hausrentners. Nun würden aber die Mieten nicht bei dem zehnfachen Friedensbetro, auch nicht beim hundertfachen stehen bleiben, sondern immer weiter steigen, wie in Oesterreich, wo man schon beim 200fachen Betrag angelangt ist. Die Hausbesitzer sagen, das wäre eine Verleumdung ihres Standes; sie dächten gar nicht daran, so hohe Preise zu nehmen. Ähnliches haben wir vor zwei Jahren auch von der Landwirtschaft gehört. Und wie steht es in Wirklichkeit heute mit dem Getreide- und Fleischpreis? Ist erst die freie Wirtschaft zugelassen, dann steigen die Preise bis zu dem Punkt, wo irgend ein Konkurrenzfaktor eintritt, überhaupt nicht anders als durch Neubau erhalten. Neubauten kosten heute schon mehr als das Tausendfache vom Friedenspreis und erst bei diesem Punkt würde die Konkurrenz einleiten. Der Kostenteil einer Zweizimmerwohnung erfordert selbst in der Mietskategorie einen Aufwand von mindestens 2 Millionen. Das würde schon bei einem Zinsfuß von 5 Prozent und 1 1/2 Prozent für Steuern und Unterhaltung eine jährliche Miete von 150 000 M. erfordern. Bis die Mieten diese Höhe erreicht hätten, wären Löhne und Gehälter soweit gestiegen, — vorausgesetzt, daß wir nicht vorher wirtschaftlich zusammenbrechen würden — daß auch um diesen Betrag keine Wohnung mehr erstellt werden könnte. Die Wohnungsfrage würde dann wahrscheinlich die Entwicklung nehmen, wie etwa die Fleischversorgung. Große Massen könnten sich überhaupt keine einigermaßen zufriedenstellende Wohnung mehr leisten, sie würden eben noch mehr als bisher zusammengepreßt.

Mindestens 1/10 der Bevölkerung haben daher ein Interesse an der Weiterführung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen. Notwendig ist aber, daß auch die Erkenntnis in allen Kreisen durchdringt, daß der Aufwand nicht auf dem Stande der Friedensmieten gehalten werden kann. Was zur Erhaltung der Gebäude und für den Wohnungsbau erforderlich ist, muß aufgebracht werden. Diese Beträge werden naturgemäß mit dem Sinken des Geldwertes steigen; sie werden aber nie über einen gewissen Prozentsatz des Einkommens steigen, und dieser Prozentsatz ist bei der Gemeinwirtschaft weit unter dem Friedensstand, bei freier Wirtschaft aber wesentlich höher.

Die Industriellen desavouieren Stinnes

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Sorge, gab am Donnerstag im Reichswirtschaftsrat eine Erklärung ab, die alle Nachrichten über einen angeblichen Konflikt zwischen Regierung und Industrie demontieren sollte. Zwar bespricht Herr Sorge, beim Reichsminister einen Besuch erbeten oder abgelehnt zu haben. Lediglich in der Sitzung des Reichswirtschaftsrates am Dienstag habe er mit dem Reichsminister gesprochen und erklärt, daß die Industrie der bekannten Kampfsache der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vollkommen fernstehe. Er versicherte nicht nur die Regierung der Unterstützung durch die Industrie, sondern erklärte auch, diese sei bereit, an jeder Lösung, die eine dauernde Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands verpricht, mitzuwirken.

Denn aufmerksamsten Zuhörer muß auffallen, wie sehr die Industrie auf die dauernde Gesundung der Wirtschaft Gewicht legt. Selbstverständlich wird keine Regierung Maßnahmen vorzuschlagen suchen, die nach ihrer Meinung nur vorübergehenden Vorteil bringen. Der Reichsverband hat sich aber durch diese vorsichtige Wendung seine Entscheidungsfreiheit vorbehalten, jede ihm unangenehme Lösung der Reparationsfrage als nicht dauernd abzulehnen. Diese vorsichtige Haltung der Mittelung ist umso befremdlicher, als Herr Sorge sehr starke Worte für diejenigen Leute fand, die „eine Dissonanz zwischen Regierung und Industrie konstruieren wollen“. Er bezeichnete denartige Gerüchte als ein Verbrechen am Vaterlande.

Darunter müßte sich eigentlich in erster Linie Herr Stinnes getroffen fühlen, der im entscheidenden Augenblick der Londoner Verhandlungen an der Spitze seines Leitorgans die Werbung bringen ließ, die Regierung habe von der Industrie nichts ge-

willt, während die Regierung ihrerseits in ihren Meldungen die Mitarbeit der deutschen Industrie in Aussicht gestellt hatte. In Wirklichkeit scheint die Stellungnahme des Herrn Dr. Sorge von anderen Gründen geleitet zu sein, als man sie auf den ersten Blick annehmen möchte. Seit jeher besteht in dem Reichsverband der Industrie ein gewisser Gegensatz zwischen der Schwerindustrie und den Verarbeitern. Dieser Gegensatz macht sich jedesmal dann bemerkbar, wenn die Verarbeiter durch Schwierigkeiten des Absatzes und durch hohe Rohstoffpreise zugleich zu der Erkenntnis kommen, daß eine Stabilisierung der Marktlage nicht so unangenehm sei. So war es im Jahre 1920, als die Abschließung ausbrach, wo ein großer Teil der Verarbeiter selbst für gemeinschaftliche Maßnahmen zur Stützung der Marktlage eintrat, so scheint es auch jetzt wieder zu sein, nachdem einzelne Industrien infolge Kapitalknappheit und Nachlassen des Absatzes unter der Last der hohen Rohstoffpreise leiden.

Es gibt auch Meinungen, die davon wissen wollen, daß Herr Stinnes seinen Konflikt mit der Regierung — anders will er seine Kampfsache in der „D. A. Z.“ wohl selbst nicht geübt haben — nicht zu ernst genommen sehen will. Es würde ihm einigermassen in Verlegenheit bringen, den jetzigen völkerverfeindlichen Wirtschaftsminister Dr. Brüning ebenfalls als Dilettanten bekämpfen zu müssen, wie er die sozialdemokratischen Minister bekämpft hat. Welche weiteren Folgen sich aus der Erklärung des Herrn Dr. Sorge für die Reparationspolitik des Kabinetts Cuno ergeben werden, bleibt abzuwarten.

Die neuen Beamtengehälter

In den Verhandlungen, die am Dienstag im Reichsfinanzministerium zur Festlegung der Dezembergehälter der Beamten geführt wurden, erfuhr der Feuerungsgruppenrat für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember eine Erhöhung um 64 Proz. auf 174 Proz. und für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember eine weitere Erhöhung um 68 Proz. auf 232 Proz. Die Frauengruppe wurde auf 3500 M. erhöht. Es werden nach dieser Erhöhung im Dezember folgende Gehälter (die unten angeführten Nachzahlungen sind in ihnen bereits enthalten) gezahlt:

Gruppe	Anfangsgehalt	Nachzahlung	Endgehalt	Nachzahlung
1.	36 683 M.	10 013 M.	47 874 M.	13 114 M.
2.	39 300	10 730	50 030	14 601
3.	44 541	12 201	56 742	16 851
4.	47 874	13 114	60 988	17 500
5.	53 631	14 601	68 232	19 505
6.	57 750	15 770	73 520	20 660
7.	65 145	17 845	82 990	23 872
8.	73 932	20 252	94 184	25 079
9.	79 659	21 529	101 188	26 635
10.	90 204	24 734	114 938	33 200
11.	99 657	27 307	126 964	37 548
12.	114 837	31 457	146 294	44 405
13.	145 440	39 540	184 980	56 440

Diese Sätze gelten für den letzten Gehaltsempfänger der Ortsklasse A; sie ermäßigen sich in Ortsklasse B um 400 bis 500 M., in C um weitere 300 bis 400 M., in D um weitere 800 M. und in E um weitere 200 bis 300 M. Die Zulagen sollen mit größter Befriedigung ausgegahlt werden. Am Montag dürften die entsprechenden Vorarbeiten erledigt sein und dann unverzüglich die Anweisungen erfolgen, sobald die Gehaltsempfänger ihre Nachzahlungen noch vor Weihnachten erhalten.

Badische Politik

Die Kommunisten und die Staatskredite für die Religionsgemeinschaften

Eine ungehörige Anrempelung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Fraktion leistet sich die in Mannheim erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Samstagnummer im Hinblick auf die im Haushaltsausschuß geführten Debatten über die Bewilligung von 424 Millionen Mark für die religiösen Gemeinschaften in Baden. Es wird von dem Anfall der Sozialdemokratie vor dem Zentrum gesprochen, von unfruchtbar verpumpten Steuerpolitikern.

Da müssen wir denn doch — so schreibt ein sozialdemokratischer Abgeordneter — die merkwürdige Rolle etwas näher beleuchten, welche die kommunistische Vertretung bei der Beratung dieser wichtigen Angelegenheit im Haushaltsausschuß gespielt hat. Während die Sozialdemokratie versucht, eine baldige Rückzahlung der zu gewährenden Zuschüsse zu erreichen, während sie auf die Aufstellung eines Tilgungsplanes zur Rückzahlung drängt und Sicherungen für den Staat fordert, ferner auf die Rückzahlung u. U. hinwirft und endlich noch unbeschränkte Steuerrecht für die Religionsgemeinschaften fordert, während sie als alles tat, um die Interessen des Staates und der Allgemeinheit zu wahren und damit auch der Arbeiterschaft in der Sache zu helfen, so hat die kommunistische Vertretung — gar nichts! Sie stellte weder einen Antrag noch einen Änderungsantrag, be-

stimmte sich überhaupt nicht um die Gestaltung der Vorlage, sondern erklärte nur in einer ganz kurzen Bemerkung, sie sei dagegen, und damit erachtete sie ihre Mission als erledigt. Bei mehreren Abstimmungen war sie gar nicht im Bilde, mußte nicht, aber was abgestimmt werden sollte, und half sich nur durch aus der üblichen Situation, daß sie herbeigekommen, sie enthalte sich der Stimme. Kurz, eine Hilflosigkeit der kommunistischen Vertretung, die bezeichnend wirkt, und bei der man bedauern konnte, daß die Kommunisten anscheinend glauben, auf diese Weise am besten Arbeiterinteressen zu wahren.

Wenn das kommunistische Blatt sich also erlaubte, der Sozialdemokratie, die sich durchaus arbeitsam und staatsfördernd verhalten hat, Marx Genossen zu wollen, dann müssen wir denn doch, wie es auch Genosse Dr. Braun Langer hierzu als Antwort auf die Bemerkungen des Gen. Marx zu sagen hatte, noch recht inhaltlos und bewies nur, in wie hohem Maße das Verhalten der Kommunisten im Haushaltsausschuß in der Vorlageangelegenheit für die Religionsgemeinschaften der Kritik bedarf und wie wenig die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ ein Recht hatte, die Sozialdemokratie mit irgend welchen Angriffen zu bedecken.

Die Lage der Polizeibeamten. Man schreibt uns: Die von den Vertretern der V.S.B. im Reichsstaatsrat eingeleiteten Verhandlungen zum Bad. Polizeiverordnungsgeheim gehaltenen Anträge, welche eine Verbesserung der wirtschaftlichen und dienstlichen Verhältnisse der auf Zeit angestellten Polizeibeamten (Polizeibereitschaft) erstreben sollten, sind von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Diese Ablehnung hat in Kreisen der dadurch betroffenen Beamten das größte Befremden hervorgerufen, umso mehr, als die gestellten Anträge für die Verbesserung nicht von der Bedeutung gewesen sind, daß deren Annahme grundsätzliche Bedeutung hätte hervorbringen können. Die Beamten der Bad. Polizeibereitschaft hatten aus der bürgerlichen Seite bei der Behandlung dieser Angelegenheit im Reichsstaatsrat die besten Anzeichen gesehen, daß diese Angelegenheit in der Vorlage Angelegenheit für die Religionsgemeinschaften der Kritik bedarf und wie wenig die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ ein Recht hatte, die Sozialdemokratie mit irgend welchen Angriffen zu bedecken.

Soziale Rundschau

Die freie Arztwahl

Die freie Arztwahl für die Mitglieder der Krankenkassen ist eine Forderung, die von den Ärzten unter Berufung auf das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt, das eine Voraussetzung für den Erfolg bildet, aufgestellt wurde. Die Kostenverhältnisse und Verhältnisse haben diese Forderung durchweg abgelehnt, weil sie mußten, daß damit einer Vergrößerung von Kassenmitteln Tor und Tür geöffnet würde, die sie gegenüber den Versicherenden nicht verantworten könnten. Interessant ist es nun, wie selbst Ärzte, die an fähiger Stelle stehen, über die freie Arztwahl denken. So schrieb schon vor einiger Zeit Professor Sellpach in den „Krankenkassen Mitteilungen“: „Der Verkauf der Versicherer bei freier Arztwahl hängt von einem Verhalten des Kassennetzes ab, das mit ärztlicher Tätigkeit nichts zu schaffen hat.“ Auch spezifischer äußerte sich der Direktor des Hamburg-Eppendorfer Krankenhauses, Professor Bauer im April dieses Jahres auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin in Wiesbaden. Er führte aus: „... und würde man selbst eine wirklich freie Arztwahl schaffen können, so würden unter dem heutigen System doch nie und nimmer uns wieder die alten freien Ärzte gegeben sein. Die Ärzte bleiben unter dem Druck der Kassenverbände oder unter dem Druck der Begehrlichkeiten der Patienten, die nichts mit Krankheitsheilung oder -erhaltung zu tun haben.“ Eine Ursache der Mißstände in der Krankenerziehung erklärt Professor Bauer darin: „... daß das Krankenerziehungsgeheim von Beginn an als ein Kassenrecht angesehen wurde, zu dem Zweck dem Patienten die wirtschaftliche Selbstverwaltung mit dem Arzte abzuheben und auf die Kassen überzutragen. Damit wurden die alten Beziehungen, auf persönlichen Vertrauen aufbauend, zwischen Arzt und Patient zerstört und durch einseitig bürokratisch geregelt.“ Er fährt dann fort: „... und weil dem so ist, deswegen muß jegliche Form der beamteten Ordnung des ärztlichen Berufs, auch jene in der Form des vertraglich abgeordneten, unentgeltlichen Kassenarztes, gestrichen werden“ und weiter: „... Es bliebe dabei der Kasse unbenommen, dem Patienten die von ihm bezahlten ärztlichen Honorarforderungen ganz oder teilweise zu ersetzen.“

Brauers Ausführungen haben, wenn sie auch teilweise über das Ziel hinausschießen, viel für sich. Besonders erwähnenswert ist es, die jegliche freie ärztliche Behandlung durch eine Geldleistung abzulösen. Dadurch erhalten die Kassenmitglieder die

Hinter Pflug und Schraubstock

Stützen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs

Von Max Eytz (Kontz) 140

In Leeds war Greigs Gedanke und meine persönliche Reise in zwei Stunden zum Beschluß geworden. In London, wo alles, was der Mensch in der Welt bedarf, ob er Afrika durchqueren oder den Nordpol aufsuchen will, in irgendeinem Kaufladen zu haben ist, man muß nur wissen, wo, oder jemand kennen, der es weiß, genügt zwei Tage, um mich für die Antipoden auszurüsten. Ich hatte sogar Zeit für eine heilige Herzgenossenschaft gefunden und war nach Richmond gefahren. Es war einer der schönsten Augenblicke meines Lebens, als ich an dem Orientier der eleganten Villa anhielt und unter dem Glodenzug auf einer Porzellanplatte in vergoldeten Buchstaben das Wort „Emmouilla“ las.

Dies war am vierten Tage nach der Katastrophe. Natürlich mußte man hier schon an sehen, was geschehen war, und nach weiteren qualvollen vierundzwanzig Stunden, die nahe das Unglück dieses Hauses betroffen hatte. Man sah es dem Dienstmädchen an, das mir die Tür öffnete, auch wenn sie keine schwarze Schürze und schwarze Wänder in ihrem Häubchen getragen hätte. Sie blidte mich an, als ob auch ihr der Schrecken und die Kraft im Gesicht stehen geblieben wären. Dann nahm sie meine Karte, führte mich aber ohne weiteres in das Empfangszimmer, wo ich längere Zeit warten mußte. Auch hier hing ein großes Feuerbild der Emmouilla in prachtvollem Goldrahmen dem Hauptfenster gegenüber. Wie schön und selb sich die weiß Wirtin und die meisten Gäste ausnahmen! Der Kämmerer hatte etwas von der Postle unserer Zeit in das Bild zu legen gewußt.

Nach zehn Minuten trat Missis Stolz ein: häßlich, schwanzend, Neid, mit harren, erschrockenen Kinderaugen, sagte mich an beiden Händen und flüsterte: „Keine Hoffnung?“

Sie hatte noch gehofft. Ich konnte ihr nicht antworten.

Wie es sich schien diese Blume gekniet zu sein. Sie verstand mein Schweigen, setzte sich in den nächsten Stuhl und schlüpfte. Ich konnte mich nicht entscheiden, ihr viel von dem ich sagen wäre fast gelungen, Ihren Antrag auszuführen, berichtete ich und freute mich herzlich darauf. Ich glaube, er stand im Gefühl dieser Freude. Nun hat er weiter reisen müssen und allein.

Ich glaube, ich hätte selbst so viel nicht sagen sollen. Trostsworte in den ersten Tagen eines solchen Schicksals sind etwas Trostloses; es ist besser, den Tränen ihren Lauf zu lassen. Und auch ich war meiner selbst nicht Herr und ging bald fast ohne Abschied, davon. Sie bemerkte es kaum, denn sie konnte durch ihre Tränen nichts sehen. Doch sie meinte wenigstens, das war immerhin etwas.

Sir William war zum Glück nicht um den Weg. Er sei vorgehen nach Bebbleton abgereist, sagte mir das Dienstmädchen, das mir die Gartentür wieder öffnete. Das mag auch für den alten Herrn eine Reise gewesen sein, die er für den Rest seiner Tage nicht verläßt. Vielleicht war Stolz besser daran... „Es ist schon hier, aber sie lassen uns Zeit zum Abschied nehmen.“ dachte ich, mit einem gewissen Verlust, auf andere Gedanken zu kommen. Zwei niedliche Mädchen halfen mir. Sie hatten seit einer halben Stunde ihre Taschentücher im Kreis geschwenkt, als seien sie zwei lebendige kleine Windmühlen, schafften ein wenig Atem und fingen von neuem an. Der Onkel am Herd war wahrscheinlich schon längst wieder auf seinem Bureau, aber sie glaubten, ihn in einem alten Fischerweid noch immer zu erkennen, bis ich ihnen mein Feldglas ließ. Dann begann ich meine Bemerkungen zu entfallen, zu deren Studium ich jetzt zwei Wochen beglückt Zeit hatte.

„Emmouilla“, „Emmouilla“, „Emmouilla“ — wo man hinsah, je weniger sie davon wußten, um so mehr hatten sie darüber zu schreiben. Mein Mensch, das schien jetzt festzustehen, hatte das eigentliche Unglück, den Fall der Brücke, gesehen. Einem Berichterstatter der „Daily News“ war es gelungen, in Bebbleton zwei Kanalbootschiffer zu entdecken, die gegen jeha-

Uhr in etwas angetrunkenem Zustand auf ihre Barken zurückgekehrt waren. Der eine dieser Männer verstand, in der Richtung der Brücke plötzlich zweimal nach hintereinander große weiche Feuerkugeln wie Bomben aufkommen zu sehen zu haben. Daraufhin habe sein Komrad behauptet, er sei ohne Zweifel der Vertrauensere von beiden. Hieraus sei ein kleiner Wortwechsel entstanden, der zu ersten Tätlichkeiten geführt habe und denen sie bis heute noch ganz deutlich erinnern. Der Berichterstatter glaubte vermuten zu dürfen, daß der Schiffer des reifenhaft aufspringende Wasser gesehen habe, das bei dem Sturz der Brücke zwischen dem aus der Lokomotive herausfallenden Feuer beleuchtet wurde.

Der „Daily Telegraph“ hatte auf dem andern Ufer der Bucht den Brückenwärter Knox gefunden, der ihm, wie ich mit denken konnte, außerordentlich magere Mitteilungen gemacht zu haben schien. Das Wichtigste war, daß dieser Mann der erste gewesen zu sein schien, welcher in Begleitung eines fremden Herrn das Verbrechen festgestellt habe. Der Berichterstatter sei damit beschäftigt, den fremden Herrn zu ermitteln, der als intelligent und nicht ohne Sachkenntnis gekleidet werde und vielleicht näheren Aufschluß geben könne. Es werde vermutet, daß er sich in Manchester befinde. Ungeachtet dessen, daß einer der leitenden Ingenieure der Brücke, Herr Stolz, Emmouilla, Richmond, der Schwiegerjohn des Erbauers Sir William, bei der Katastrophe das Leben verloren haben. Soweit sich bis jetzt ermitteln lasse, seien zweiunddreißig Reisende und das aus fünf Mann bestehende Inspektoren umgekommen. Wo die Verantwortung für das entsetzliche Unheil zu suchen sei, werde eine eingehende Untersuchung wohl erst nach Monaten feststellen können. Nach der Ansicht von Sir William, der sich seit gestern an der Unglücksstätte befindet, wurde der Zug durch den Winddruck zum Einstürzen gebracht worden sein und dann das Gitterwerk in die Tiefe gerissen haben. Wenn sich die Sache so oder ähnlich zugetragen habe, so sei allerdings der Konstrukteur der Brücke, dessen selbstberühmter Name dies voraussehen lasse, von jeder Schuld freizusprechen.

(Fortsetzung folgt)

Möglichkeit, wirklich den Arzt ihres Vertrauens wählen zu können. Sie können dann auch zu Bergen gehen, die nicht in den Rahmen der Schulmedizin wandeln (Homöopathen, Vertreter der Naturheilkunde usw.) Es empfiehlt sich deshalb, eine Gesetzesänderung in diesem Sinne mit allen Kräften anzustreben.

Aus der Partei

Graben. Sonntag, den 17. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im „Erbspringen“ der 4. Bildungsvortrag des Gen. Hauptlehrer Gaebler statt. Thema: „Der Absolutismus, die Zeit der Aufklärung und die franz. Revolution. Alle Genossen und Volksfreundler sind zu diesen Veranstaltungen eingeladen und werden gebeten, auch ihre Frauen und schulentlassenen Kinder mitzubringen. Anschließende Fortvereinbarung, Tagesordnung: Bericht über die Wahlkreisparlamenten vom 10. ds. Mts.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Dezember 1922.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. v. Schach (D.-M.) fragt an wegen der Nebenerhebung eines Schreiners bei Frankfurt a. M. durch marokkanische Soldaten und eines Bienenbesizers Gahn in Wiesbaden durch einen französischen Major. Der Abg. fragt, ob die Regierung nach dem Beispiele Bafsu und Ingoischi von den Franzosen auch eine entsprechende Summe von Goldmillionen bekommen habe. Von der Regierungsbank wird erwidert, die Marokkaner seien von dem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden, bei der Schadenersatzforderung habe sich die Reichsregierung streng an die Grundsätze des Völkerrechts gehalten. Bei dem Wiesbadener Fall handle es sich um einen inaktiven französischen Major, der mit der Weisungsbefehl nicht zu tun habe. Von dem deutschen Gericht sei das Strafverfahren gegen ihn bereits eingeleitet worden.

Die Novelle zum Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Novelle zur Konturverordnung werden in allen drei Lesungen angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Vermögensschaften, desgleichen der Entwurf für die Nebenbeweisung. Die Novelle zum Kraftfahrzeuggesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Die vorgenannten Entwürfe werden endgültig auch in dritter Lesung angenommen.

Bei der Beratung des Nachtragshaushalts des Auswärtigen Amtes erklärt

Abg. Frölich (A.), daß sich die großen Hoffnungen, die in der Außenpolitik an den Eintritt der Regierung Guno geknüpft wurden, bisher in keiner Weise erfüllt hätten. Die kapitalistische Politik der Schwerkriegsindustrie nehme nicht die geringste Rücksicht auf die sonst so oft gepredigten nationalen Interessen. Das beweise deutlich der erneute Vorstoß der Stinnesgruppe gegen die Reparationspolitik der Regierung.

Abg. Reichsgraf (Soz.) wird nicht für formelle Beziehungen zu Sowjet-Rußland eingetreten und haben auch nicht den Kapitalverzug, sondern nur den Zeitpunkt seiner Bekanntgabe herangezogen. Die guten Beziehungen zu Sowjet-Rußland müßten uns aber blutwenig in den Reparationen, die uns jetzt auf den Knieen brennen, besonders in der Reparationsfrage.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Nachtragsetat des Reichstages, des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages und des Reichsfinanzministeriums. Angenommen wird ferner ein Antrag Dr. Mumm (D.), wieder für die Veteranen von 1864, 1866, 1870/71 eine Erhöhung der Monatsrente von 50 auf 250 M.

Während wird in dritter Lesung der Reichshaushaltsverordnung angenommen, die dem Reichsfinanzminister ein gewisses Vetorecht bei allen Reichsausgaben einräumt. Präsident Loche stellt nach der Abstimmung ausdrücklich fest, daß die für eine Verfassungsänderung erforderliche Mehrheit erreicht worden ist. Dann folgt die zweite Beratung der Novelle zur Zwangsanleihe. Danach wird die Begrenzung von 70 Millionen für die Reichsanleihe beschlossen, die erste Festsatzgrenze wird von 100.000 auf 200.000 M. festgesetzt. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt, er beantragt eine Entschärfung, daß das Reich den Ländern und Gemeinden mit Rücksicht auf deren finanzielle Not Vorschüsse aus der Zwangsanleihe bewilligen soll.

Abg. Bernheim (Soz.) wiederholt den im Ausschuss abgelehnten Antrag seiner Partei, daß Wertpapiere mit 1/2 des Kurzes des 8. 12. 22 bewertet werden sollen. Die vom Ausschuss beschlossene Bewertung, nach der der Durchschnitt aus den Kurzen Mitte 1920, 21 und 22 einerseits und dem Kurze vom 8. 10. 22 andererseits berechnet werden soll, sei eine ungerechte Bevorzugung des Wertes auf Kosten des Kurzes.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) hat zwar Bedenken, ob die Ausführung der geplanten inneren Goldanleihe nicht gefährdet wird durch die Zwangsanleihe. Er bekämpft den sozialdemokratischen Antrag und hält die im Ausschuss beschlossene Regelung

für eine zweckmäßigere Lösung. Der in dem sozialdemokratischen Antrag verlangte Etat für den 8. Dezember 1922 müßte einen ganz ungetreuen Maßstab bilden. Die Vermählung des Kronprinzen an der Wiener Hofkapelle ist ein markantes Beispiel. Der Redner wiederholt den in der Kommission abgelehnten Antrag, daß die schon im Juli und August auf die Zwangsanleihe eingehenden Beträge doppelt angerechnet werden sollen. Staatsminister Dr. Baur bezieht diesen Antrag auf prinzipielle und sachliche Gründe für unzulässig.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Böllert (Rom.) und Bernheim (Soz.) wird die Vorlage unter Abkennung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen. Die sofortige Vorabnahme der dritten Lesung scheitert an dem Widerspruch des Abg. Dr. Berg (Soz.).

Die vom Ausschuss beantragte Entschärfung wird angenommen. Der Nachtragsetat zum Wiederbeschaffungswert wird bewilligt.

Der Etat des Reichsfinanzministeriums fordert Abg. Dr. Philipp (D.) beschleunigte Befestigung der Verordnungen (1) und nimmt die Landwirtschaft gegen den Vorwurf des Bundes in Schutz. Bei der allgemeinen Geldentwertung müßten auch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte steigen. Die Länder mit sozialistischen Regierungen verdrängen schon wieder die Zwangsanleihe zu erneuern; die natürliche Folge davon ist das Verschwinden der Ware. Die Reichsregierung müsse verhindern, daß die tatsächliche Zwangsanleihe für Mollereiprodukte auf das Reich ausgedehnt werde.

Abg. Dr. Heim (Vohr. Pp.) Wucher- und Schiebertum können nur durch Steigerung der Produktion bekämpft werden. Seit 4 Jahren sei nichts oder nur wenig für die Produktionssteigerung getan worden. Keine Regierung werde die Brotverforgung dem freien Spiel der Kräfte überlassen können. Der Bund der Landwirte bezieht sich auf dem Lande eine Agitation, wie man sie sich gemeiner nicht vorstellen könne. Wenn das nicht anders wird, werden wir mit Jenen (nach rechts) die Schwärzer kreuzen. Redner analysiert an den Minister, in dieser Zeit der Not keine Experimente zu machen.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) nimmt die tatsächliche Regierung gegen die Vorwürfe des Abg. Philipp in Schutz. Die von ihr bewirtschafteten 12 Güter hätten sehr gute Erträge erzielt, obwohl man von einer eigentlichen Sozialisierung nicht reden könne. Redner erwidert den Minister, die Verordnung über den Markenbezug der Geldentwertung besser anzupassen.

Abg. Baumann (Soz.): Das Umlagegesetz muß durchgeführt und die Widerprüfe dagegen überwunden werden. Das Verschöneren der Verteilungstabelle gibt zu vielen Beschwerden Anlaß. Wir werden die Zeiten des neuen Ministers abwarten.

Nachdem Abg. Hepp (D.) den Landbund gegen die Angriffe des Abg. Dr. Heim in Schutz genommen hatte, erklärt

Reichsfinanzminister Dr. Lutzer: Der Etat der Lage ist viel zu groß, als daß die Regierung den hier angesprochenen Fragen mit Gleichmut gegenüberstehen könne. Nur bei Anspannung aller Kräfte können wir mit der Ernährung über den Winter hinwegkommen. Die Milchverforgung der Städte löst schwere Bedenken aus. Das gilt auch für die Weile. Eine Konferenz der Ernährungsminister wird sich demnächst mit diesem Problem zu befassen haben. In der Brotverforgung wollen wir das Umlagegesetz durchführen, aber auch für das dritte Quartal einen Preis festsetzen, der der Geldentwertung Rechnung trägt und die landwirtschaftliche Produktionssteigerung ermöglicht. Das wird zu einer erheblichen Preispreiserhöhung führen. (Hört, hört!) Diese wird von der Bevölkerung nur getragen werden können, wenn durch soziale Maßnahmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gesteigert wird. Wir wissen noch nicht, ob die Landwirtschaft mit dem neuen Preis zufrieden sein wird, richten aber die dringende Mahnung an die Landwirtschaft, sich als Angehörige einer Lebensgemeinschaft mit der städtischen Bevölkerung zu fühlen, die auf sie angewiesen ist. (Beifall.)

Abg. Baur (Komm.) bezieht die Verächtlichkeit der Klagen über die Notlage der Landwirtschaft.

Der Etat des Ernährungsministeriums wird angenommen, ebenso einige Entschärfungen, welche Erleichterungen im landwirtschaftlichen Kreditwesen und in der Lieferung der Düngemittel verlangen.

Nach Annahme des Etatsgesetzes in zweiter Lesung verlag das Haus die dritte Lesung auf Samstag vormittag 10 Uhr, Schluß gegen 9 Uhr.

Paul „Vorwärts“ hat der Reichsarbeitsminister dem Reichstag den Entwurf zur Milderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter zugehen lassen. Der Gesetzentwurf übernimmt die Anforderung der Zustimmung der Hauptfürsorgestellen zu einer Kündigung gegenüber einem Schwerbeschädigten als dauernde Bestimmung. Bei Streiks und Ausperrungen soll der Arbeitgeber grundsätzlich verpflichtet werden, den an solchen Aktionen beteiligten Schwerbeschädigten wieder einzustellen. Friedensblinde sollen in vollem Umfang als Schwerbeschädigte behandelt werden. Auch das Beschwerdeverfahren wird in dem Gesetzentwurf neu geregelt.

Gemeindepolitik

A. Bulaß, 11. Dez. Die Entgegnung der Kommunal-Wirtschaftsvereinigung auf unsere Wahlbetrachtung vom 25. Nov. kam zwar etwas reichlich spät; es ist dies aber in Anbetracht der Enttäuschung über den Ausfall der Gemeinderatswahlen und der damit verbundenen geistigen Depression der A.W.V. verständlich. Die A.W.V. hatte mit Sicherheit geköpft, mindestens 2, ja sogar 3 Sitze im Gemeinderat zu erhalten, mußte sich nun aber nur mit einem Sitze zufriedengeben; sie hatte sogar einen Stimmenschießengang zu verzeichnen — und das schon im 2. Wahlgang —, den sie seit ihrem Bestehen führte. Unserer Partei gelang es, trotz nicht befriedigender Wahlbeteiligung von Seiten der Arbeiterschaft und ihrer Frauen einen weiteren Sitz im Gemeinderat zu gewinnen, jedoch nur auch dort mit 3 Sitzen die am stärksten vertretenen Partei sind. Dabei also die A.W.V. Depression!

Die Ursachen an diesem für die A.W.V. so ungünstigen Wahlausfall, erkliden die geistigen Führer dieser Partei in unserer Wahlbetrachtung. Diese Erörterung im „Volkstreu“ hat also den Nagel auf den Kopf getroffen. Trotzdem fühlte sich der geistig Größte der A.W.V. veranlaßt, eine kämpfsichere Stellung hinter den Vorwand der Hochbahn Karlsruher-Magay zu beziehen und von dort aus dem Vorstand der A.W.V. seine geschmiedete Geisteswaffe in die Hand zu drücken und ihm zu befehlen in den Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit zu ziehen. Die Kampfschrift befaßigt vollständig das von uns behauptete, daß bei gutem Willen schon längst eine für beide Teile befriedigende vorläufige Regelung stattfinden konnte; aber man brauchte eben eine Wahlparole und die hatte man ja nicht, wenn eine vorläufige Regelung erzielt wurde. Die am 23. Nov. stattgefundene Sitzung ist auch uns bekannt, in der die Vertreter der Mieter erklärten, daß sie die ihnen durch das Reichsmietengesetz gewordenen Verpflichtungen übernehmen unter Gewährleistung der ihnen durch das Gesetz zustehenden Rechte, was die Vertreter der A.W.V. nicht gewähren wollten.

Was die Rathausverwaltungen betrifft, so besteht dieselbe für unsere an der Spitze der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen nur in der rastlosen Arbeit zum Wohle der Gemeinde. Es hat keiner einen Onkel oder sonstigen Verwandten auf dem Rathaus. Können gewisse leitende Personen der A.W.V. dies auch von sich behaupten? Komisch wirkt der Rechtfertigungsversuch der A.W.V., keine rechtsstehende Partei zu sein! Ja, wo zählen sie denn nun hin, und wo rühren denn die 45 Stimmen der Deutschen Volkspartei her, die abgegeben wurden? Was verstehen denn die geistigen Größen der A.W.V. unter Wahrung berechtigter Interessen in geeigneten Fällen? Etwas die schon einmal verjüngte Unterordnung der Gemeindeverwaltung unter das Diktat der in kommunalpolitischen Fragen noch an kindischen Unverständnis leidenden Größen der A.W.V.? Die doch schon in den letzten Sitzungen des Bürgerausschusses bewiesen, daß nur kraftiger Einsatz das Leitmotiv ihrer Handlung ist, dem sie das Gesamtwohl der Gemeinde unterordnen wollen.

Nach dem im Schlußsatz der Entgegnung enthaltenen Bemerkungen, haben die Erzeuger der volkswirtschaftlichen Werte, so weit sie nicht der A.W.V. angehören, anscheinend kein Recht mehr, dieselben für sich in Anspruch zu nehmen, auch dann nicht, wenn dieselben im Kriege zum Schutze dieser Werte zu Krüppeln geformt wurden. Sie waren da allerdings überbar, wie der Sprecher der A.W.V., der es verstanden hat, sich für die Dauer des Krieges als Einkäufer einer sogenannten Arbeiterkontingente in einem Staatsbetrieb zwischen Fleisck- und Speckseiten eine hugel- und hungergefährliche Stellung zu verschaffen.

Das ist die dem kirchlichen Artikel gebrauchte Normierung in keiner Beziehung der Wahrheit entsprechend. Wir können nun nicht feststellen, wer recht hat, möchten aber doch bemerken, daß uns in der gleichen Angelegenheit von zwei verschiedenen Seiten gleichlautende Mitteilungen zugingen.

Praktisches Weihnachtsgeschenk!

MAGGI Würze, MAGGI Suppen, MAGGI Fleischbrüh-Würfel. Man achte genau auf den Namen MAGGI.

Deutschnationalistische Poesie

Inseren herrlichen Deutschnationalistischen wird gelegentlich bitteres Unrecht angetan. Natürlich ist die Verübung dieses Unrechtes nur in der Republik möglich. Viele unserer Reigenossen glauben nämlich, die Deutschnationalisten, Deutschvölkischen, die Nationalsozialisten, die Oberländer, die „Kaisertruppen“ und die vom „Bund der Aufrechten“ usw. verfügen nur über Waffen, die zur Verübung von Aktionen brutaler Gewalt geeignet seien, wie Sägen- und Gummihüpfel, Schlagsäge, Stacheldraht, Dolchmesser und Seilengewecke, Mehrschußpistolen und Trommelrevolver, Blausäureperlen und dergleichen. Zu glauben, das seien die einzigen Waffen der Herrschaften, die täglich so eifrig die Wacht an der Ehre Deutschlands halten und die wiederum täglich dem deutschen Namen so herrlich zur Ehre geteufeln, verfallen nicht auch über geistige Waffen, ist ein Irrtum. Man lese ihre Presse — der Geist ist blendend, der dort aus den Spalten und Zeilen spricht. Die Herrschaften verfügen über eine Prosa, vor der die Antikemiten alten Schlags glatt die Geffel streichen müssen; sie verfügen aber auch über eine poetische Kraft, die vordem in Deutschland nirgends diese Stärke nationaler herer Gefühle erreicht hat.

Wer könnte mit seiner Bewunderung noch zurückhalten, wenn der mächtige Bürde Ockfischläger, einer der Scheidemann-Aktenhänger, vom lieben Herrgott den Auftrag zum Nordbergsch erhalten haben will. Schon diese Aufgabe vor dem Staatsgerichtshof verrät hohen dichterischen Schwung. Und wer kann ohne tiefe innere Bewegung das „Deutsche Vater- und Mutter“ lesen, das in der „Münchener Zeitung“ vom 1. Dezember 1922 enthalten ist, in einem Blatte, das sich im Laufe des Herrn Kardinals v. Faulhaber einer Sympathie erfreut. In diesem „Deutschen Vater- und Mutter“ heißt es:

„Du verstiehest aus Deinem Reich, Weil wir unseren Vätern nicht mehr gleich, Nicht mehr bewachten deutsche Art und Sitte, Weil der Feind erstand aus eigener Mitte.“

Und vergiß auch unseren Demagogen, Die uns stürzten in die Unglückszwänge, Wie auch wir vernahmten diesen Händeln, Wenn sie endlich unsere Schmach empfanden Und ihr eitel-eiteltes Tun verstanden!

Von Verlorenen aber und den Vöfen Wollte Deine Gnade uns erlösen!

Wir wissen nun nicht, ob diese Bitte beim sieben Herrgott, der ja allmächtig in allen Erdteilen um so vieles angegangen wird. Eindruck machen wird, aber doch das wirkliche Vaterland so jammervoll paralytisch wird in einem ungeheuren christlichen Blatte, ist immerhin ein Beitrag von nationalistischen Kapiteln der Zeitgenossen. Kräftiger klingen natürlich die Töne und Verse, die auf nationalistic, militärischen Gefühlen beruhen. Im „Ehrendienst“, das von seinen Leuten viel gesungen wird, heißt es z. B.:

Man man uns auch bekämpfen, Spielt mit uns Schindludererei, Wir wußten, was wir taten, Dießen dem Kaiser treu, Hakenkreuz usw.

Und in dem Liede, das dem ehemaligen Freikorpsführer Oewenfeld gewidmet ist, finden wir diese anmutige Stelle:

Und nimmt man uns den Führer weg So wollen wir lieber sterben als im Republikanendred verrecken und verderben. Als wahre Landsknecht schwören wir der Weizgabe aufs neue, Zu schirmen schwarz-weiß-rot Panier und Kreuz, bis ich falle...

Die Wägenfelder haben da ein bißchen Platz aufgetragen, denn der Führer ist ihnen tatsächlich weggenommen worden, daran ist aber nicht einer von ihnen gestorben, sie brandschämen als „wahre Landsknecht“ lieber republikanische Kreuze, die über reichlich Moneten verfügen.

Wie die „Alten“ Jungen, sollen zwischen die Jungen. In dem für das im Jahre — 1919 in Oeffen neu herausgegebenen Lesebuch für Volksschulen ist dieser herrliche und wahrhaftige Gesang, den ein Herr A. Modersch verbrochen hat, zu finden:

Es geht ein Jütern durch die Welt Von der Kanonen Döbönen, Wir sind von Feinden rings umstellt, Der deutsche Kaiser zieht ins Feld

Mit seinen sieben Söhnen.

Ein Sturmwind hat sie umgebracht, Die uns vernichtet wählten. Die Feinde waren köhlet bedacht, Der deutsche Kaiser hält die Wacht Mit seinen sieben Söhnen...

Wenn der Frau Hermine, die jetzt Wilhelm den Aufenhalt auf Haus Doorn in netischem Liebesgelande angenehmer und unterhaltender gestaltet, diese Verse zu Gesicht bekommt, wird sie froh sein, daß der Kaiser den Dichter Rügen gestraft hat. Hätte nämlich Er Wacht gehalten, statt zu desertieren, könnte Frau Hermine keine kaiserlichen Liebesfreunden gesehen.

Einen Melord deutschnationalistischer Poesie stellt ein echter deutscher Mann mit einem ellenlangen „Gedicht“ auf, das u. a. in den Mannschafstribunen des 13. Reichswehr-Infanterieregiments sehr bekannt geworden ist. Drei Strophen genügen als Kopprob:

Und wir sollen Treue halten Den Schwarobern, die ihr sät; Die als Hochverräder wählten Wie Herrn Eberts Majestät?

Stuppler ward, ihr Denkersmedie, Feig erbärmliches Gequid. Wo sind unre heiligen Rechte? Deutschland schreitet zum Gericht! Schleift sie vor die Tribunale, Straft sie mit Verräterlob; Und an ihrem Martyrplatzle Hißt die Flagge schwarz-weiß-tot!

Man bedenke: wenn diese Herren, die solche Lieder singen und die an solchen Ausdrückungen Gefallen finden, losgelassen und erfolgreich sich zu behaupten vermöchten, die Mannbatalen im dunkeln Erdteil würden entsetzt ihren Kindern erzählen können, wie im Lande der Gottesfurcht, der frommen Sitte und der deutschen Art Menschen gegen Menschen haßen. Sie sind in der Tat eine stolze Schar, unsere Deutschvölkischen, mit vielen Liebern und in dieser grauenhaften Geistesverwilderung, in der wir sie täglich sehen können. Isesgrim.

Die erste Sitzung des neuen Bürgerausschusses

Erhöhung verschiedener Gebühren — Genehmigung des Betriebszuschusses für das Gas- und Elektrizitätswerk

Karlsruhe, 15. Dezember 1922.

Zu seiner ersten Sitzung wurde das neugewählte Stadtparlament heute nachmittags zusammenberufen. Bereits vollzählig war die Besetzung, denn 98 Mitglieder hatten sich eingefunden. Trotzdem recht viele der bisherigen Stadtväter und Stadtmütter wiederum ihre Mandate innehaben, wie die Versammlung in ihrer Zusammensetzung ein stark verändertes Bild auf, was auch nicht anders sein kann, wenn ganz neue Parteien und Gruppen und Gruppchen ihren Eingang halten. Ebenfalls hat eine neue Platzierung der verschiedenen Parteien stattgefunden, so daß die Sozialdemokraten und Kommunisten jetzt tatsächlich auf der linken Seite des Saales befinden und dieselbe ganz einnehmen, das Zentrum in seiner gewohnten Mitte und die Demokraten, Deutschnationalen, Deutsche Volksparteier, Kommunale wirtschaftliche Vereinigungsleute und Partei Siegel die rechte Seite des Hauses bilden.

Wer aber glaubt, daß mit dieser äußerlichen Umgestaltung oder gar mit dem Eingang der neuen Parteien auch neuer die praktische Kommunalpolitik fördern der Geist einzufahren würde, der im wenig Reden, aber im raschen Handeln sich bemerkbar zu machen in der Lage wäre, oder aber mindestens — wie vor den Wahlen versprochen — die angeleglichen Sünden der bisherigen Rathausverwaltung und Rathauspolitik aufzudecken und die richtigen die Stadtgemeinde begünstigenden kommunalpolitischen Richtlinien würde, sah sich schwer enttäuscht. Weder die Deutsche Volkspartei noch die großmütige Kommunale wirtschaftliche Vereinigung, noch viel weniger die Einmannfraktion mit dem langen Namen kamen diesem ihrem Versprechen nach. Es wurden in dieser Sitzung so viel geschwätzt, wie selten in einer der früheren Versammlungen. Das Redebüchlein plätscherte lustig drauflos und war zum Teil mit recht trübem Wasser bemischt. Von all den neuen Parteien, die ihre kommunalpolitische Weisheit glänzen ließen, stand die Kommunale wirtschaftliche Vereinigung am nächsten da. Von all dem großspürigen Vorschwall während der Wahlbewegung gegen die bisherige Gemeindepolitik war nichts mehr zu verspüren, ihr Sprecher, Dr. Fromberg, machte bescheiden Versuche, einige nebensächliche Anstände vorzubringen, die weitestgehend von praktischen Vorschlägen waren, wie man es besser machen kann. Es war ein schmälendes Mißfaß, das Herr Dr. Fromberg, vor zu allen Vorklagen sprechen mußte, mitsamt seiner Partei erfüllt. Nicht einmal zu einer bescheidenen Kritik an der bisherigen Rathauspolitik reichte es aus, geschweige denn zu einem Wegweiser für die künftige Gemeindepolitik. Alles war Gerede, Geschwätz, das man in dem einen Wort „Falsch“ oder „Abendschöpplespolitik“ zusammenfassen kann. Es zeigte sich so recht die erbärmliche Niedertracht dieser Partei, die sie mit ihrem feinerzeitigen im Brigantentum gehaltenen Wahlschlachtruf: „Nunne müße je vom Rathaus, die Parteifolgen, Futterkriepel usw.“ während der Wahlzeit an den Tag legte. Unser Genosse Dr. Fromberg führte denn auch den mittelständlichen Schwächer und seine Partei unter starkem Beifall der Versammlung kräftig und treffend ab. Auch bei den anderen neuen Parteien stieß ihre vielgesprochenen unmaßgeblichen kommunalpolitischen Ratseln ihre eigenes Geheimnis.

So viel die erste Sitzung bewiesen, tritt, was die Gesprächigkeit der Rathausverwaltung betrifft, also keine Veränderung gegenüber der früheren ein, im Gegenteil, das Parlament ist um einige Parteien reicher, wovon sich doch jedes hören lassen will. Oberhalb dies nur heute mit den verschiedenen Jungferntönen so gewesen sein? Wir wollten uns gerne täuschen und zwar nicht nur zu unserer Freude, sondern im Interesse einer modernen produktiven Gemeindepolitik!

Oberbürgermeister Dr. Huter hob in seiner Begrüßungsansprache auf die Schwere der Zeit ab, die nicht große Kulturleistungen in der Gemeindepolitik zulasse, sondern der neue Bürgerausschuss seine Hauptaufgabe in der Verwirklichung des Bestehenden zu erblicken gewönungen sei. Als höchstes gelte die Arbeit auf dem Boden der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung zum Wohle von Gemeinde, Staat und Reich.

Mit der gleichen Arbeit, die der alte Bürgerausschuss beabschlossen, mußte der neue beginnen, nämlich mit

Erhöhung von verschiedenen Gebühren

wie: Bestattungsgebühren, Straßenbahnfahrlohn, Schlacht- und Viehsteuern, Wochenmarkt und mit der Besondere Verlängerung der Vollmacht bis 1. April, das vorerwähnte Gebühren-Erhöhen bis zu dieser Zeit durch Beschluß des Stadtrats mit Zustimmung des Stadtverordnetenverbandes erfolgen können.

Die Ausführungen des Stadthauptes zu diesen Vorklagen ließen die tief einschneidenden, geradezu katastrophalen Wirkungen der Steuererhöhung auf die Gemeindefinanzen erkennen. Der Aufwand für Gehälter und Löhne beträgt jetzt in einem Jahre 8,4 Millionen Mark. Der Zuschuß zu den Bestattungslosten wird auf 5 Millionen veranschlagt. Ein Sorgenkind bildet die Straßenbahn, wovon Oberbürgermeister Dr. Huter an Hand des Betriebsberichts berichtete. Das Defizit bei der Straßenbahn beläuft sich bis 1. Oktober auf 7,3 Millionen, jezt auf 4,3 Millionen. Durch Erhöhung der Tarife läßt sich das Defizit

so nicht mehr ausgleichen. Jede weitere Steigerung der Preise bedeute eine weitere Verelendung des Volkes. Eine Verbilligung der Tarife, wie von verschiedenen Zeitungen angeregt, könne niemals ein Ausgleich bringen, selbst wenn die ganze Bevölkerung mit der Straßenbahn fahren würde. Wenn keine Abmilderung durch den neuen Tarif stattfinden, entliehe täglich ein Defizit von 651 000 M., oder jährlich 238 Millionen Mark. Es ist also ein tröstliches Bild, das die angeführten nackten Zahlen zeigen. Eine Verkehrsbeschränkung als Mittel zur Verringerung der Ausgaben ist nicht zu umgehen neben der Erhöhung der Tarife. Für das zur Entlastung kommende Personal soll für Arbeitslosigkeit gesorgt werden.

Die Diskussion zu den einzelnen Gebührenerhöhungen gestaltete sich zu einer recht langen, ohne jedoch wirklich gangbare Wege zu zeigen, wie auf andere Art als die von den Berichtserstatteten Oberbürgermeister Dr. Huter und Bürgermeister Dr. Fromberg angedeutete Weise die Defizitwirtschaft behoben werden kann. Auch der Stadtratsordnen-Obermann Gen. Rothweiler schloß sich der Stadtratsvorlage an. Bei den Bestattungsgebühren betonte Stadtr. Gen. Träns unseren grundsätzlichen Standpunkt auf Unentgeltlichkeit der Bestattungen. Die Wohlhabenden könnten aber wohl ihre Bestattungslosten bezahlen. — Zur Verbilligung der Tarife sprach, fernerhin Stadtr. (D. Vpt.) und Just. (Komm.).

Den breitesten Raum in der Diskussion nahm begründete, weisse die Straßensanitärerhöhung ein. Stadtr. Just. (Komm.) verlangte eine Reihe von Ermäßigungen trotz der trotzdem stehenden Lage der Bahn. — Stadtr. Bauer (D.V.) machte verschiedene Vorschläge, die den Betrieb rentabler gestalten sollen und kräftige Wünsche in Bezug auf die Inoffizien für Kriegserbschädigte vor. — Stadtr. Hegler (D.V.) trat u. a. für Schülerferien für Studenten ein und sprach den Wunsch aus, daß die Straßenbahn an Feiertagen verkehrt werden soll. — Den Standpunkt der Komm. wirtschaftl. Vereinigung gab Stadtr. Dr. Fromberg zum besten. Er kam auf den Beschluß zwischen dem Zentrum und Sozialdem. zu sprechen, forderte er u. a. den 2. Schichtenbetrieb, Kontrolle des Stromverbrauches usw. und bezweifelte, ob die nötige Sparmaßnahme erfolgt ist. — Gen. Vöhringer sprach dem Vordem sein Beifall aus, wogegen er ihm gründlich ab und betonte, daß, wer mit so verlogenen Flugblättern und Plakaten im Wahlkampf gearbeitet habe, wie die Komm. wirtschaftl. Vereinigung, kein moralisches Recht habe, über den Wohlstand anderer Parteien zu Gericht zu sitzen und von einem eigenen geistigen Hochstand zu reden. Die Komm. wirtschaftl. Vereinigung habe keine Wege gezeigt, wie man es besser machen könne, trotzdem die Augen Männer geblieben? Was Fromberg vorgebracht habe, sei nur Bierseidelerei. Die Stromerparparnisse werden in Wirklichkeit hergeschwätzt. Die Straßensanitärer hätten keinen reinen Rückstand. Derinstand zu wahren sei vor der Einführung des 1 Mann-Wagens. Die Sozialdemokrat. Fraktion stimme den Tarifierhöhungen zu, weil es keinen anderen Ausweg gäbe. — Stadtr. Förster (Hr.) verlangte überall Sparmaßnahme, wo sie möglich sei. — In trefflichen Ausführungen wies Stadtr. Braun (Dem.) nach, wie unhaltbar die Fromberg'sche Weisheit ist. Wer die alte Rathausverwaltung auf dem Platzen mit Futterkriepel usw. beistellt, dem sage er, daß er ein Rump sei und bewußter Verleumder. Zum Schluß trat Stadtr. Huter für eine Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt zu einer einheitlichen Wirtschaft ein. — Den Schluß der Rede machte Stadtr. Siegel (Reut.), dessen Worterleitung allseitige Heiterkeit erregte. — Die Vorlagen selbst fanden bei mit großer Mehrheit Annahme.

Die letzte Vorlage betraf die

Erhebung eines Betriebszuschusses für das Gas- und Elektrizitätswerk

Die bekanntlich recht viel Empörung hervorgerufen hat. Oberbürgermeister Dr. Huter suchte durch Verlesen des feinerzeitigen Stadtratsberichts zu beweisen, daß die Empörung nicht angebracht war. Er vergaß jedoch, zu bemerken, daß im Stadtratsbericht nichts über die demnachst erfolgende Erhebung stand wie dies im Infazet der Fall war und daß von Ratensanierungen auch Gegenkommen bei Beibehalten ebenfalls nichts im Stadtratsbericht wie im Infazet vermeldet war. Die Reinnachfrage ist also nicht gestrichelt. Interessant und beachtenswert war die Mitteilung, daß Gas- und Elektrizitätswerk das Rückgrat der Stadt bilden und gut wirtschaften für die Anschaffung des Betriebszuschusses mache sich insbesondere für die Anschaffung einer Turbine notwendig. — Der Stadtr. Obermann Gen. Rothweiler sprach sich für die Erhebung aus, weil die Stadt, wenn es sich auch so aus, als wollte man den Bürgerausschuss übergeben. Die Notwendigkeit der Erhebung sei anzuerkennen. — Stadtr. Wild (Hr.) verlangte Mißde bei der Erhebung.

Stadtr. Gen. Vöhringer, der bei der Erhebung, übergehen wollte. Die Bekanntmachung habe berechnete Veräusserung ausgelöst. Den Widerspruchteil werde es außerordentlich hart fallen, die Beträge zu entrichten. Auf alle Fälle müsse die Stadt das Geld wieder zurückzahlen. Erforderlich sei, daß der Durchschnittdurchschnitt als Maßstab gelte. Sache der Stadtratsmitglieder und der Anwaltschaft wäre es, freiwillig höhere Beiträge vorzuschlagen. Notwendig sei eine milde Handhabung der Erhebung der Stadtr. Obermann Gen. Rothweiler sprach sich für die Erhebung aus, weil die Stadt, wenn es sich auch so aus, als wollte man den Bürgerausschuss übergeben. Die Notwendigkeit der Erhebung sei anzuerkennen. — Stadtr. Wild (Hr.) verlangte Mißde bei der Erhebung.

Aus der Distanz

Karlsruhe, 16. Dezember. 1770 *Der Komponist Ludwig van Beethoven in Bonn. — 1918 1. Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. — 1920 Marie Cedeborn in Argentinien und Chile.

17. Dezember. 1778 *Der englische Chemiker J. Davy in Penzance. — 1903 Eröffnung des türkischen Parlaments. — 1910 *Der Astronom Wilhelm Wien in Berlin.

O, du frühliche, o, du selig, gnadenbringende Weihnachtszeit

Man schreibt uns: Dieses schöne christliche Lied wird von vielen Tausend Männer, Frauen und Kindern in Stadt und Land, in einigen Tagen erklingen. Von den meisten künftigen Sängern und Sängerinnen mit allerdings sehr gemischten Gefühlen. Das Präliminium zu diesem Lied wurde am 12. Dezember von den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen im großen Rathaussaal angestellt. Am Dienstag nachmittags traten also die Vertreter der badischen Landwirtschaft in einer unter dem Vorsitz des Staatsrats a. D. Dr. Schön vom badischen Landwirtschaftsverband (Zusammenschluß, Lauterbergstraße) einberufenen Versammlung zusammen, wozu auch die Vertreter der badischen Bedarfsvereine eingeladen waren, um über das Weihnachtsfest für unsere künftigen Kinder in der Form einer Mißpreis-erhöhung zu beraten. Erörterungen waren sämtliche landwirtschaftlichen Organisationen mit Ausnahme des badischen Bauernvereins, die jedenfalls, so nehmen wir einmal an, sich schämen, die künftigen Kinder mit einem derartigen Weihnachtsfest zu beglücken. Ein Erzeugerpreis von 120 M. (Einheitspreis von 100 M.) war die Forderung, die von den landwirtschaftlichen Vertretern gestellt wurden. Die eigentlichen Vertreter dieses sehr niedrigen Preises waren: Herr Landtagsabgeordneter Dr. G. Schuler (vom Landwirtschaftsverband Karlsruhe, Lauterbergstraße). Dieser junge Herr Doktor, der ja die Jahre studiert hat, muß es ja als Jungegeiß wissen, wie es einem Vater oder Mutter zu Mut ist, wenn sie ihren Kindern nicht mal mehr die Milch laufen können. Eine Erhöhung über dieses schon landwirtschaftliche Weihnachtsfest wurde nicht ergriffen, da den Vertretern der Bedarfsvereine das Geschehen als zu hoch erschien. Ferner wurde beschlossen, eine Kommission zu bilden, die alle 14 Tage den Mißpreis für die nächsten 14 Tage festzusetzen soll. Wenn es so weitergeht, daß alle 14 Tage 50 Prozent Erhöhung des Mißpreises eintreten soll, dann gehen wir ja herlichen Zeiten entgegen.

Als ihr Stadter, freut euch auf die frühliche, selige und gnadenbringende Weihnachtszeit. Singt das Lied heute schon jeden Tag, jede Stunde bis Weihnachten, so oft und so laut bis ihr es selbst glaubt und überzeugt seid, daß es tatsächlich eine gnadenbringende Zeit ist, wenn auch nur für unsere notleidende Landwirtschaft.

Verlängerung der Umlaufzeit für Notgeld. Der Reichsfinanzminister hat im Einvernehmen mit dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe die Umlaufzeit für das mit seiner Genehmigung ausgegebene Notg. 10 bis zum 5. Februar 1923 verlängert. Spätestens bis zu diesem Tage ist alles Notgeld aufzurufen. Diese Bestimmung erstreckt sich auf solche Notgeldbeträge, die am 5. Februar noch nicht zwei Monate im Umlauf sind, sowie auf Scheine, denen ein früherer Verfalltag aufgedruckt ist. Mit dem Beginn des 6. Februar darf neues Notgeld nicht mehr in Umlauf gesetzt werden. Das Verbot der weiteren Ausgabe von Notgeld wird mit der Beibehaltung des Mangels an Zahlungsmitteln begründet. Die Reichsbank ist in der Lage, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

„Briebe auf Erden allen Vögeln“. Wir machen auch an dieser Stelle aufmerksam auf die Ausgabe des Volkskirchenbundes „Briebe auf Erden allen Vögeln“. (Siehe Nummer 1.)

Drei neue Serien von Tausendmarktscheinen. Von den Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum vom 15. September 1922 wird demnach eine 6., 7. und 8. Serie ausgegeben werden. Die neuen Serien haben folgende besondere Merkmale: Das Papier der 6. Serie ist weiß, das Wasserzeichen des Papiers wird aus hellen Linien gebildet, die ein regelmäßig wiederkehrendes Muster in Form eines Gitterwerks mit einer arabischen Acht als Mittelpunkt darstellen. Die Nummer ist in blaugrüner Farbe gedruckt. Bei der 7. Serie ist das Papier ebenfalls weiß, das Wasserzeichen besteht zum Teil aus hellen, zum Teil aus dunklen Linien. Die hellen Linien bilden in Abständen von etwa 1,2 Zentimetern aneinandergerastete, durch zwei Parallelen miteinander verbundene Figuren in Form einer arabischen Acht. Zwischen den Figuren verlaufen in gleicher Richtung paarweise die dunklen, zigzagförmigen Linien; zwischen diesen erscheinen die hellen Buchstaben E K A H A mit einem Stern darüber in fortlaufender Folge. Die Nummer ist in roter Farbe gedruckt. Bei der 8. Serie ist das Papier hellblau. Das Wasserzeichen ist hell und besteht aus nebeneinanderlaufenden Schlangenlinien mit paarweise einander gegenüberliegenden Bindungen. Die Nummer ist in roter Farbe gedruckt.

Erhöhung der Tarife der städt. Straßenbahn. Von morgen ab treten die neuen Tarife auf den städt. Bahnen in Kraft. Alles Nähere ist aus dem gestrigen Infazet im „Vollstreckung“ zu erfahren.

Ein Verhaft Hauptmann-Feier veranstaltet die Zion. Sozial. Partei „Heirei-Zion“ morgen Sonntag abend 8 Uhr im großen Saal der Handelskammer. Es werden dabei mit die Herren Hauptmann-Feier, Hermann Brand vom Bad. Landesheiler, sowie Olga Rudolph, Emma Kästner, Johann Nisch vom Arbeiterverein „Sarmone“. Die Parteigenossen werden gebeten, sich zahlreich an der Feier zu beteiligen.

U. Umlauf und Todesfolge. Der verheiratete 46 Jahre alte Eisenbahnschaffner Oskar Brauch hier kam gestern vormittag auf dem Bahnhof in Gaden unter einer Rangierabteilung, wurde überfahren und sofort getötet. Untersuchung ist eingeleitet.

Dank-Bericht vom 16. Dezember. Die Marktnotierte heute in der Schweiz ca. 0,0600 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 3180 M. per Hfl. Schweiz 1445 M. per 100 Fr. England 98,250 M. per Hfl. Stiel. Franz. reich 545 M. per 100 Fr. New York 7875 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 16. Dezember. Voraussichtliche Witterung: Im allgemeinen heiter, kühler und tieferer Nebel und Frost, auf den freien Hochgebirgen wärmer als im Nebelland.

Schneebericht. Triberg: 60-80 Ztm. Pulverschnee, Bahnen sehr gut. — Sulz: 120 Ztm. fahrbar bis Oppenau. — Untermaßfeld: 70 Ztm. Pulverschnee, Bahn bis Buchsopf. — Rühlstein: 80 Ztm. Pulverschnee, 1 Grad Kälte, Bahn bis Seebach. — Sundel: 60 Ztm. Pulverschnee, Seebach gut. — Sotensgründe: 40-50 Ztm. Bahngut. — Wättrig: 85 Ztm. Bahngut. — Wiedenfelden: 30 Ztm. Bahngut. — Felberberg: 90 Ztm. Bahngut. — Döbel: 15 Ztm. Kodelbahn gut. — Schöps: 40-50 Ztm. Bahngut. — Herrmanns: 40-50 Ztm. Bahngut.

Wasserstand des Rheins. Schusterinsel 103, ahl. 3; Reßl 205; Murgau 388, gef. 4; Mannheim 289, gef. 10 Zentimeter.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landes-Theater

„Der arme Heinrich“ (Neu einstudiert)

Unsere Opernbühne hat Piffners Jugendwerk, das bald vor 30 Jahren seine Uraufführung erlebte, den „armen Heinrich“ neu einstudiert. Um den früheren Sträßburger Stadttheaterkapellmeister, er war auch einmal Annäherer auf den hiesigen Operndirektorenposten, Piffner bilden sich in manchen Städten Gemeinden, so auch in München, wo man ihn zu Ehren eine glänzend verlaufene Piffnerwoche veranstaltete. Alle Theater von Bedeutung führten seine jüngste Oper „Relestrina“ auf. Hier hat man sie uns auch versprochen, man stößt aber aufeinander auf Besetzungsschwierigkeiten und hat die Uraufführung verschoben. Damit aber der Name Piffner in unserm Repertoire nicht fehlt, hat man seinen „armen Heinrich“ wieder einstudiert, ein Werk, vor dem man Respekt haben muß. Ob es in der gegenwärtigen Zeit den Hörer erheitert? Die Frage muß verneint werden. Vom Einlagenlager darf der Zuschauer den Weg bis zum Operntisch nicht missen. Ein unerschütterlicher Weidensweg, zumal in Begleitung von Gesäften, für die wir nicht das geringste Interesse aufbringen können. Der Textdichter hat das Gedächtnis des Urchichters das Herz herausgeschliffen; die aufblühende Mädchen weiß nichts von Liebe, sondern als nachparagolisches Wesen kennt es nur Mitleid. Durch diese Umdeutung geht selbstredend das Interesse an dem dramatischen Epos verloren. Wenn nicht gar oft die Musik aufhorchen läßt,

so würde der handlungsarme Abend langweilig wirken. Vor zwanzig Jahren hat man Piffner seiner rücksichtslosen Tonsprache wegen heftig angegriffen. Heute geht er schon zu der gemäßigten Partei, seine Kombinationen reizten schon längst nicht mehr. Piffners Stärke ist seine glänzende Instrumentation, sowie die subtile Art, die Singstimme zu begleiten. Darin kann man ihn heute noch als Vorbild preisen. Sein Werk liegt für den gebildeten Musiker große Schwereigkeiten in sich, denn es läßt darin eine Darstellungsweise die andere ab. Dies sollte mit dem Mitleid Abhilfe geschaffen werden. Piffner gibt seinen Sängern wieder Piffner mit auf den Weg, die die Handlung kennen, die dramatische Kraft schwächen. Es bedeutet dies in seinem Musikdrama Wegner gegenüber einen Rückschritt.

Die Neueinstudierung war sorgfältig vorbereitet. Der Indendant selbst trat für die Inszenierung ein, die auf einen einheitlichen, ruhigen, an das Oratorium gemahnenden Stil abhob. Der Chorleiter nahm breite Tempi, so wie sie von Komponisten gewohnt sind und hat auch im übrigen viel Sorgfalt auf eine gute Deutung der vielsinnigen Partitur verwendet. Die Sängerschaft ist nicht schlecht, Piffner als Agnes Anita Oberländer von der Sängervereinigung ein. Der Bass besetzte in jeder Hinsicht, nämlich wie herrlicher! Weisheit begegnet man Fel. Oberländer, der Texter unserer früheren hier hochgeschätzten Verdienens, auch einmal in einer anderen Rolle. Frau Wägelmann und die Herren Bitten, Wäntner und Barth boten wertvolle Leistungen.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Zentralverbandes der ...
 10. Dez. im "Salmen" seine Generalversammlung ...
 über die zweite Hälfte seines Geschäftsjahres ab. Der 1. Vor-
 sitzende, Kollege Rimmelpacher, gab in sachlichen, klaren
 Ausführungen der Versammlung ein vollständiges Bild über
 das vergangene Geschäftsjahr, ebenso auch über Zweck und Ziel
 unseres Verbandes. Es freute ihn außerordentlich der so starke
 Besuch der Versammlung, wodurch der beste Beweis erbracht ist,
 daß sich die Angehörigen ihrer sozialen Lage immer mehr bewußt
 werden und sich unserer Organisation anschließen. Der Refe-
 rent sprach dann in eingehender Weise über die von der
 Stadt arrangierte Winterhilfe, wo mit allem Recht die So-
 zialrentner, die Armen, nicht in der Vergangenheit
 gestellt werden müssen, denn mit ihren paar Mark Wintergrün-
 den haben diese das harte Los vor Augen, hinsichtlich zu ber-
 den, während man anderen die Unterstützung in weit größerem
 Maße zuführt. Auch wäre es sehr freudig zu begrüßen, daß die
 Gewerkschaften den Sozialrentnern gegenüber mehr Unterstüt-
 zung entgegenbringen würden. Das sei sehr zu begrüßen, da
 wir Sozialrentner ja auch auf dem Gebiet der Arbeit ge-
 standen sind, so daß sich ein jeder gesunde Kollege sagen,
 daß er vom Schicksal eines Unfalls betroffen werden kann und
 dann steht er ebenfalls auf der gleichen Stufe des großen Glü-
 cks. — Darauf wurde zur Vorstandsarbeit geschritten, wo un-
 ser bisheriger 1. Vorsitzender Himmelspacher mit großer Majori-
 tät wiedergewählt wurde, ebenso die anderen Mitglieder des
 Gesamtvorstandes. Mit Ausnahme von unserem 1. Kassier,
 Kollegen Seiler, welcher an Stelle des verunglückten bisherigen
 1. Kassiers Hilfer neu gewählt wurde, nahmen alle die Wahl
 dankend an. Erwähnt sei hiermit noch, daß unsere Weihnachts-
 feier am Sonntag, 7. Jan., mittags 3 Uhr, im Saal zum
 "Auerhahn", Schützenstraße, stattfindet. Möge nun die Orts-
 gruppe Karlsruhe des Zentralverbandes blühen und gedeihen
 und sich tatkräftig weiter entwickeln zum Wohle aller.

(2) Besondere für Schneeschuhfahrer. Der Verkehrsver-
 ein hat Anlaß genommen, bei der Badischen Lokalbahn-Gesell-
 schaft erneut dahin vorzulegen zu werden, daß an Tagen,
 wie an dem vergangenen Sonntag, wo infolge des kurz vorher
 eingetretenen Schneeeinzugs mit der Ankunft zahlreicher Schneef-
 schuhfahrer in Pöhl zu rechnen ist, ein Anschließung von Pöhl
 nach Oberthal schon auf den um 5 Uhr vormittags nach Pöhl
 abgehenden Personenzug herbeigeführt wird. Außerdem hat sich
 der Verkehrsverein bereit erklärt, an besonders geeigneten
 Tagen, insbesondere zu Zeiten, an denen Schneeschuhweilfah-
 re

und dergleichen stattfinden, Sonderzüge nach dem Weilmün-
 ster zu führen.

* Etwas weit vorgewagt in dieser kalten Jahreszeit hat sich
 ein Matkärer, der uns von einem verhehl. Veler übermittelte
 wurde. Den schwarzen Gassen scheint die Kälte wenig
 zu genieren, denn er bewegt sich gerade so lustig, wie man dies
 zu Matkärerzeit beobachten kann.

Landestheater. Das diesjährige Weihnachtsmärchen, das
 heute Sonntag zum erstenmal in Szene geht, hat den gefäch-
 ten Darsteller unserer Bühne, Ulrich v. d. Trenz-Mittel, zum
 Verfasser und nennt sich "Christkindens Märchenbuch". Es er-
 scheint keine Uraufführung mit derartig Wiederholungen in Dre-
 den und erst am darauffolgendem nächsten Sonntag, zuletzt im Ge-
 biet mit 25 Aufführungen, nachschaltigen Erfolg. Aber dem
 Werk schwebt der Geist des bekannten Märchenbuches Ludwig
 Richter. In der Person des "Herrn Lehner", vom Verfasser
 dargestellt, erscheint dieser "Ludwig Richter, der Märchenma-
 ker" selbst in "Christkindens Märchenbuch" und maltet seines Amtes
 als treuer Führer im Reiche der Kinderträume und Weihnachts-
 märchen.

Kleine badische Chronik

Planstadt. Geländete wurde im Hofen in Meinau die
 Leiche des Tagelöhners Verlinghof. Es ist dies die letzte
 der am 15. v. Mts. in dem Hofen extrahierten fünf Personen.

* Vom Schwarzwald. Wildfälle werden jetzt außer-
 ordentlich gut bezahlt. So bekommt man z. B. für Worder
 50-50 000 M. für Füchse 25 000 M. und für Jilts 8000-10 000 M.
 Allerdings ist jetzt auch eine Barone über 200 M.

b. Konstanz, 12. Dez. Der Stadtrat erhöhte den Gaspreis
 ab 1. November auf 150 M., ab 15. Dezember auf 200 M. für
 den Aufsteiger. Großfuß wurde auf 900 M., gebrochener Fuß
 auf 850 M. erhöht, vorbehaltlich weiterer Erhöhung. Der Wasser-
 preis wurde auf 400 M. erhöht, ebenso die übrigen
 Wassergebühren erhöht. — Das Ergebnis der Konstanzer Winter-
 netzliste beträgt bis jetzt über eine Million, während in dem
 kleinen Neersburg der Betrag schon an die halbe Million heran-
 reicht.

* Frachtermäßigung für Christbäume. Vom 7. bis 31. Dez.
 1922 ist der Ausnahmetarif 18 für Christbäume (Weihnachts-
 bäume) in Wagenladungen zu den Frachtpreisen der Tarifklasse
 B auf den Strecken der Reichsbahn eingeführt worden.

Briefkasten der Redaktion

E. S. H. Hagedorn, A. A., Karlsruhe. Die Mitteilungs-
 sind richtig, gingen aber zu spät ein. Donnerstag Abend ist
 Schluß!

Schriftleitung Georg Schäfflin. Verantwortlich: für An-
 stalt, Politische Überlicht und Legie Nachrichten Hermann Hagedorn;
 für Technische Redaktion, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der
 Partei, Gerichtsbarkeit und Administration Herrn. Hagedorn; für
 Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genes-
 nungsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesele;
 für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bis zu 4 Seiten **Vereinsanzeiger** Preis 5 und mehr Seiten
 10.— die Zeile. (Veranstaltungen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Freierbund) Heute Samstag Abend Mitwir-
 lung bei der Weihnachtfeier der Freie Turner, ("Drei Linden")
 Singstunden finden statt: Montag Abend Sing-Akademie ("Lüb-
 ler Krug"), Dienstag Abend Singspiel ("Lüb. Hof"), Donner-
 tag Abend Mithras ("Drei Linden"). Vollständiges Erscheinen
 erwartet 6027 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle: Otto Gund, Räder, Ehemann, alt 76 Jahre.
 Marie Pflüger, alt 50 Jahre, Ehefrau des Tagelöhners Johann
 Pflüger. Gustav Steinbach, Schlosser, Ehemann, alt 88 Jahre,
 Adolf Sebastian, Wagenmeister, Ehemann, alt 42 Jahre.

Beerdigung und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen.
 Samstag, 16. Dezember. 1/2 Uhr: Christian Augenstein, Schnei-
 der, Jährigerstr. 4. — 3/8 Uhr: Marie Pflüger, Tagelöhners-
 Ehefrau, Schützenstr. 36. — 3 Uhr: Otto Gund, Räder, Dur-
 lacher Allee 38. — 1/4 Uhr: Gustav Steinbach, Schlosser, So-
 schenstr. 111.

Kein Leiden der verfallene, den Vertreter der Firma Dr.
 Müller u. Co., G. m. b. H., Mannheim zu beklagen, der am
 Montag, den 18. Dezember, im Hotel "Sonne" von 10 bis 5 Uhr
 nachmittags mit Wintern zu sprechen ist. Auskunft kostenlos.
 Näheres in der heutigen Nummer enthaltenen Anzeige über Auf-
 sehererregende Erfindung: "Die neue Weltweise und Wund-
 leiden".

MARGOLD 22

Trohes Fest

Lauterberg'sche SCHARAB Ligaretten

TOXO ASTIR

Gebüder Scharff

Wir empfehlen zur
**Weihnachts-
 Bäckerlei:**
 Mandarin
 Custard
 Backpulver
 Vanillezucker
 Trockenmilch
 Kunsthonig
 gelb. Val.-El
 Orangeat
 Rosinen
 Gewürze
 Dörrobst
 Marmelade

Alles wird TEURER

Kaufen Sie schnell und entschloffen
 Sie sparen hunderte und tau-
 sende

KARLSRUHE
 KAISERSBRUNNEN 203

Morgen Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein lieber
 Gatte, Vater, Bruder, Schwiegersohn,
 Schwager, Onkel und Neffe
Gustav Steinbach, Schlosser
 heute früh 7 Uhr im Alter von 88 Jahren
 nach kurzen aber schweren Leiden sanft
 verschieden ist.

Karlsruhe, 14. Dezember 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen:
 Emma Steinbach Witwe, nebst Kind.
 Die Beerdigung findet am Samstag,
 den 16. Dezember 1922, nachmittags halb
 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.
 Trauerhaus: Sophienstraße 111.

Durlacher Anzeigen.

Berein für Homöopathie u. Naturheilkunde
 Durlach.

Am Sonntag, 17. Dezember, findet in den
 Lokalen des Gasthauses zur Trande unsere diesjäh-
Weihnachtsfeier
 statt, und zwar nachm. 3 Uhr Kinderbescherung mit
 Unterhaltung und abends 7 Uhr Weihnachtsfeier
 mit Gedenkstunde. Das Programm wird im
 Lokal bekanntgegeben. Eintritt frei. Bogen freimil-
 einader. 1927 Der Vorstand.

Dem Verein nachstehende Gaben wollen morgens
 im Lokal abgeben werden.

Steuerbücher betr.

Die Steuerbücher für das Jahr 1923 werden den
 Arbeitnehmern bis zum 23. d. Mts. zugestellt. Größere
 Firmen erhalten die Steuerbücher für ihre Arbeit-
 nehmer direkt zugestellt und wollen sich Letztere bei
 ihrer Firma vergewissern, ob ihre Karte auch tatzfä-
 lich ausgestellt ist.

Der Steuerpflichtige kann Erhöhung der in sein
 Steuerbuch eingetragenen Erwerbsteuer beantragen,
 wenn die Zahl der zu seinem Haus stehenden
 minderjährigen Kinder und der von ihm in unter-
 haltenden mittellosen Angehörigen um wenigstens
 zwei größer ist, als ursprünglich im Steuerbuch ein-
 getragen. Der Antrag muß spätestens am 31. März
 1923 an dem Rathaus - Zimmer 6 (Rangsch) —
 oder beim Gemeindefreistellungsamt gestellt werden.
 Gedenkstunde sind dem Antrag Belegmittel beizufügen.

Arbeitslose Arbeitnehmer, die zur Abgeltung der
 nach § 13 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Ab-
 lage (insbesondere der Berufsausbildeten) ihre Steuer-
 schuld nicht zahlen wollen, oder die Steuerermäßigung
 beantragen wollen wegen der Verpflichtung zum
 Unterhalt mittelloser Angehöriger, müssen entsprechende
 Anträge spätestens bis 31. Dezember d. J. beim
 Finanzamt Durlach stellen.

Die weiteren Bestimmungen über die Aufstellung
 der Steuerbücher sind an der Rathauskapelle angehängt.

Durlach, den 15. Dezember 1922. 5350
 Der Oberbürgermeister.

Stillingen Anzeigen.

Naturfreunde Ortsgruppe Stillingen.
 Dienstag, 19. Dez., abends 8 Uhr, Lichtspielhaus
 Köhner: Lichtbildervortrag:
 „Im Wanne des südl. Schwarzwalds“

Rastatter Anzeigen.

Fahrdienst-Vergebung.
 Die Stadtgemeinde läßt am Montag, den 18. De-
 zember, vormittags 10 Uhr, auf dem Rathaus die
 Sommer- und Winterfahrten, die Befahr des Hofes
 für die hiesigen Anwohner, das Fahren des Wagens des
 Geschlichen bei Beerdigungen und des Leichenwagens
 für das Jahr 1923 verheigern. 3300
 Bedingungen zu sehen Zimmer 10 des Rathauses.
 Rastatt, den 14. Dezember 1922.
 Das Bürgermeisteramt.

Brot-Verforgung.

Die Tonne Auslandsweizen ist 64 000 M. teurer
 als die Tonne Auslandsroggen. Infolgedessen wird
 der Kommunalverband fast ausschließlich mit Roggen
 beliefert. Ansofaldessen wird das Brot künftig dunkler
 sein. Dies zur Aufklärung. Die öffentliche Brotver-
 forschung ist eine Notverforgung. 3361
 Rastatt, den 15. Dezember 1922.

Kommunalverband Rastatt-Stadt.
 He n e c.

Am Samstag, den 16. ds. Mts., wird verkauft:
 Brotmehl: Roggen 1 Fund, Preis 84 M. pro
 Fund ohne Düre und zwar gegen Vorzeigung
 des Weizenausweises.

Protandweizenmehl: 1-1500 erhalten das
 Mehl bei P. Walter, 1801 bis Schluß bei
 Philipp Rimmelpacher.
 Lieber Mehl, welches bis zum 23. Dezember
 nicht abgeholt ist, wird anderweitig veräußert.
 Rastatt, den 14. Dezember 1922.

**Puppenzimmer-
 Einrichtung**
 in weiß, Schrank u. Kom-
 mod, zu verkaufen bei
 Schneider, Ledergasse,
 Nr. 6 H. II. Anzeigen von
 1 Uhr ab.

Zleere Zimmer
 für Büro nebst 1 Lager-
 bon tiefer Groß an-
 lage gegen gute Beschul-
 lung der sofort gesucht
 Offerten unter Nr. 6028
 an das Postfachbüro.

Die schönste Weihnachtsfreude
 bereiten Sie mit meinen Sportartikeln

Kaiserstr. 174
 Fernspr. 5218

SPORT-KARLSRUHE-BEIER

Kaiserstr. 174
 Fernspr. 5218

PRINZIP: Sporigerecht — Preiswert — Reell.

Offenburger Anzeigen.

Gebührenordnung für Dienstver-
 richtungen des Stadtbauamtes betr.

Die vom Bürgerausschuß am 13. November
 ds. Jrs. beschlossene Gebührenordnung hat die
 erforderliche Staatsgenehmigung gefunden. Mit
 dieser wird hiermit mit dem Aufgehen öffentlic
 bekannt, daß die Gebührenordnung an der Rat-
 hauskapelle zur Kenntnisnahme angehängt ist.

Offenburg, den 12. Dez. 1922. 8355
 Der Stadtrat.

Offenburger Anzeigen.

Gebührenordnung für Dienstver-
 richtungen des Stadtbauamtes betr.

Die vom Bürgerausschuß am 13. November
 ds. Jrs. beschlossene Gebührenordnung hat die
 erforderliche Staatsgenehmigung gefunden. Mit
 dieser wird hiermit mit dem Aufgehen öffentlic
 bekannt, daß die Gebührenordnung an der Rat-
 hauskapelle zur Kenntnisnahme angehängt ist.

Offenburg, den 12. Dez. 1922. 8355
 Der Stadtrat.

Brotkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der Brotkarten findet am
 Montag, den 18. Dezember, vorm. 9-12 Uhr
 und nachm. von 3-6 Uhr die Nr. 1-1000, die
 Nr. 1001-2000, die Nr. 2001-3000.
 Dienstag, den 19. Dezember 1922, vorm. von
 9-12 Uhr und nachm. von 3-6 Uhr die Nr.
 3001 bis Schluß.

Jedermann hat die Karten, die ihm ausge-
 folgt werden, sofort nachzugeben. Spätere Be-
 schwerden, daß jemand seine Karten nicht rich-
 tig erhalten habe, werden grundsätzlich abgelehnt.
 Für Brotkarten, die nicht richtig abgeholt wer-
 den, ist eine Ordnungsgeld von 2 M. zu ent-
 richten. 3354

Rastatt, den 15. Dezember 1922.
 Kommunal-Verband Rastatt-Stadt.

Vorteilhafte Weihnachts-Geschenke!
 Damen-**Stiefel** in bekannt
 Herren-**Stiefel** guten
 Kinder-**Stiefel** Qualitäten
 Warme Haus- und Strassenschuhe
Schuhhaus Stern
 Karlsruherstr. 22 - Rondellplatz
 Sonntag, den 17. und 24. Dezember geöffnet 6010

Reichhaltiges Lager in
Juwelen, Gold- u. Silberwaren.
 Neuhergestellte sowie Reparaturen werden prompt und sauber ausgeführt.
Friedr. Widmann, Juwelier
 Kaiserstr. 114 - Telefon 3375.
 Ankauf von altem Gold, Silber und Steinen.

Weihnachts-Odeon-Platten
 und Odeon-Musikapparate in grosser Auswahl. Vorführung jederzeit ohne Kaufzwang.
Odeon-Musikhaus
 KARLSRUHE
 Kaiserstr. 175
 Telefon 389.

Karl Zepfel, Uhrmacher
 Morgenstr. 12
 Passende Weihnachtsgeschenke in Uhren, Uhrketten, Zigarrenetuis, Halsketten, Collier, Kaffeeöffel usw.
 Ankauf von altem Gold u. Silber.

Der bekannte vorteilhafte gute Leipziger
Verkauf ist immer noch
Elze Karlsruher-Str. 6
 1 Treppe

Gold u. Silber-Schmelze
 Braun & Co.
 Hirschstr. 10, Ecke Kaiserstr. Tel. 2391
 zahlt für Gegenstände aus Platin, Gold und Silber höchste Kurspreise.

Staunt Leute!
 Ziehe ab heute für
 altes Eisen per kg 50 RT.
 „ Zink „ 400 „
 „ Blei „ 300 „
 „ Messing „ 600 „
 „ Kupfer „ 1000 „
 „ Zinn „ 40 „
 alte Lumpen „ 50 „
 Wolle „ 200 „
 alte Stoffen „ 25 „
 und andere Sachen „ 25 „
 Gefüllte „ 30 „
 sowie alle Sorten heute zu höchsten Tagespreisen.
Rudolf Winterer, Rohprodukte, Karlsruhe.
 Lager und Wohnung Waldhornstr. 37 (L. u. II. Hof).

Damentaschen
Besuchstaschen
Altenmappen
Schulranzen
 in reichhaltiger Auswahl
B. Klotter Nachf.
 Spezialgeschäft für Reise-Artikel und Lederwaren
 Kronenstr. 25 Telefon 2618

Julius Frieckert
 Lager: Kriegsstraße 56 und Friedländer Kaserne
 kauft ständig jedes Quantum
Edelmetalle, Altmetalle, sowie sämtl. Rohprodukte
 zum jeweiligen Tagespreis. 5166

Palast-Lichtspiele
 Karlsruhe i. B.
 Herronstr. 11. Telefon 2502.
 Ab heute
 Bergprobationeur-Ausstattungsfilm
William Ratcliff
 Schottisches Drama in 5 Akten nach dem gleichnamigen Werk von Heinrich Heine.
 In den Hauptrollen:
 Oskar Beregi als William Ratcliff
 Anne Röttchen als Tochter des Mac Gregor auf Murloch-Hall.
 Ferner 5655
Hochzeits-Reise-Abenteuer.
 Original-Goldwyn-Komödie in zwei Akten.

Für jede Dame!
 Ist ab heute bis Weihnachten die denkbar beste Einkaufsgelegenheit geboten in
 Wollene Trikotkleider
 Seidene Trikotkleider
 Seidene Jackotts
 Wollene Jackotts
 Seidene Jumper
 Wollene Jumper
 Woll. Ueberblusen
 Ferner Herren- u. Damenstoffe jed. Art
 Ich mache darauf aufmerksam, dass oben verzeichnete Waren weit unter dem heutigen Wert (bis 100%) zum Verkauf gelangen.
Bornstein, Marigrabenstr. 21/23
 durch den Hof, 2 Treppen.
 Gegen Anzahlung werden Waren zurückgeleigt.
 Sonntag, den 17. u. 24. Dez. geöffnet

Wir suchen für unsere Abteilung Kleinräderer einen
Vorarbeiter
 zum möglichst baldigen Eintritt. — Tätigste Leute, die ähnliche Stellen schon bekleidet haben, wollen sich melden bei der
Nähmaschinenfabrik Karlsruhe
 vorm. Gaid u. Neu, Karlsruhe.

Sollte ausbleiben!
Oetker's Rezepte
 gelingen immer! Man versuche:
Weihnachts-Gebäck.
 Zutaten: 50 g Butter oder Margarine, 125 g Zucker, 1/2 abgeriebene Zitrone oder 1/2 Fläschchen Dr. Oetker's Zitronen-Oel, 1 Päckchen Dr. Oetker's Milch-Eiweisspulver, 1/2 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“, 250 g Mehl, 3-4 Eßlöffel Milch.
 Zubereitung: Verknete alle Zutaten gut miteinander und stelle sie eine halbe Stunde kalt. Dann rolle den Teig aus, stich mit Blechformen Ringe aus, bestreiche sie mit Ei und streue groben Zucker darüber. Die Plätzchen setze auf ein geölkertes Blech und backe sie hellgelb.
 Rezept Nr. 10.

Aussehenerregende Erfindung. Die neue Wellweise
 Pat.-Amtl. Heilerfolge b. Krankheit des gesch. unt. Darms, Gallie, Gehirns, Haut, Nr. 23461/27 Hals, Herz, Knochen, Lunge, We. Magen, Nerven, Nieren etc.
BRUCHLEIDENDE
 Dr. Müllers „Probata“ ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkel-Riemen hält den schwersten Bruch ohne lästigen Druck von unten nach oben zurück — Tag und Nacht tragbar. Sehr viele vollständige Heilungen.
Kostenlose Auskünfte in Karlsruhe am Montag, 18. Dezember im Hotel Sonne von 10 bis 5 Uhr nachmittags; in Rastatt, Dienstag, 19. Dezember, Gasthaus zum Schill.
 Dankschreiben R. A. Ohrdruf, 10. 8. 22 börsart. Magid. ge- heilt. — Dr. G. Godesberg, 27. 8. 22: Bruch: höchst Lob. Arzt K. St. Münchweiler 28. 9. 22 Lungentuberk. erstaunl. Erfolg. — Dr. R. H. Markredwitz, 1. 4. 22 Lupus guter Erfolg. — A. S. Dortmund, 11. 4. 22 schwer. Herzd. wunder- bar. Erf. — E. H. Hirschbruck, 10. 5. 22 Kropf bedeut. zurückgez. **Gallenstein-Leiden innerhalb 24 Stunden geheilt!**
Doktor Müller & Cie. G.m.b.H. Mannheim

Ein Posten
Damen- u. Backfischmäntel
 in verschiedenen Stoffen u. Ausführungen, jeder Mantel **Mk. 12800.-**
 Ein Posten
Kostümröcke, Plissé u. Glockenform
 Preis **8600.- 4800.- 3400.-**
Otto Boss, Semlar- str. 15 I.

Dr. med. Fritz Dreher
 Arzt
Gernsbach (Marktplatz)
 Tel.: 108 - Sprechst. 1 1/2-3 Uhr
 vom Januar ab zu sämtlichen Krankenkassen (außer O.-K. Gernsbach) zugelassen

HAPAG
HAMBURG-AMERIKA LINIE
 UNITED AMERICAN LINES INC
 Nord-, Zentral- und Süd-AMERIKA
 AFRIKA, OSTASIEN USW.
 Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende ill. Klasse mit Speise- und Raucherab- teilungen. — Schnellste Schiffe u. Kapitäne
 Eine wöchentliche Abfahrt von
HAMBURG NACH NEW YORK
 Auskünfte und Druckachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
 HAMBURG und deren Vertreter in:
 Rastatt: Wilh. Graf, Bank-Geschäft, Schl. Str. 9
 Karlsruhe: K. P. Hefke, Zigarren-Imp- f., Kaiserstr. 215, h. d. Hauptpost, Tel. 197

Druckarbeiten
 aller Art liefert die Buch- druckerei „Volksfreund“
 Lützenstr. 24.
Geschenkartikel!
 wie
Knallkorkpistolen
 mit 50 Schuss Mk. 200.-
 „ 100 „ „ 475.-
Taschenlampen
 von Mk. 500.- an
Fahrradgummi
 usw. **zum billigsten Tagespreise** an-
 37 Beachten Sie unsere Auslage 796
Nordische Stahl-Gesellschaft m. B.
 Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 51

Erstklassige Qualitäts-Möbel
Möbel-Ausstellung
 der Firma
Holz-Gutmann
 109 Kaiserstrasse 109
Streng reelle Bedienung

Pfannkuch & Co.
Zur Weihnachtsbäckerei:
 Feinstes Weizenmehl sowie sämtliche Backartikel
Pfannkuch & Co.

Deffentliche Versteigerung
 aller für Eisenbahnbauwerke
 nicht mehr geeigneter We-
 rde, darunter: Uhren,
 Spiegel, Konjunktive,
 Schlafstühle, Karren, Fuß-
 stühle, Bänke, Sessel,
 Zehle, Seile aus Hanf,
 Zehlfäden, Bandagen,
 Bettstellen, Matrasen, Zeh-
 tern, Kochtöpfe, Kochherde,
 Bierkranz u. a. m. gegen
 Barzahlung am Mittwoch,
 20. Dezember l. J., vor-
 mittags 9 Uhr beginnend
 im Geräte-auslager
 Karlsruhe, altere, von n-
 bahnhof (Eingang Müp-
 pferstraße) 3300
 Karlsruhe, d. 7. Dez. 1922
 Materialamt
 der Reichsbahndirektion.

HAUPTGESCHÄFT
KARLSRUHE
FILIOLE IN:
BADEN-BADEN
KARLSRUHE

FRIEDRICH BLOS

KUNSTGEWERBLICHE ERZEUGNISSE -
 ECHTE BRONZEN - MARMOR - FEINE PORZELLANE - MEISSEN,
 ROSENTHAL, HUPFCHENREUTHER, FRAUENLICH, KOPPENHAGEN USW.
 KRISTALL - MAJOLIKA - HALBSHALTARTIKEL
 FEINE LEDEWAREN - REISEKOFFER - MADLER, LIPPOLD USW. - SAMTL.
 REISEARTIKEL - PICNICKORBE - SCHIRME - STÜCKE - KLEINMÖBEL -
 SCHMUCKGEGENSTÄNDE - FÄCHER - GESCHENKARTIKEL JEDER ART.
 PARFÜMERIE UND TOILETTARTIKEL

Stoff- Hemden,
 Vormalshemden,
 Arbeitshemden,
 Fein, Selbstüber,
 Sporttragen,
 Sportjacks,
 Strickmode zc.
 verkauft billig 5782
Koglmann
 27 Sandreuthstraße 27,
 Täglich von 10 bis 6 Uhr.

Pfannkuch & Co.
Zur Weihnachtsbäckerei:
 Feinste Schmelz-Margarine
 Nr. 1250
Pfannkuch & Co.

Pelzwaren
 aus eigener Werkstätte kaufen Sie
 am billigsten bei
Jacob Neumann, Kürschner
Erbprinzenstr. 3
 Telephon 5019. 5469

Geld auf Hypoth. in jed.
 Höhe auszuliehen.
 Ausg. 50 mit, Hypothe-
 ten und Gegenstände bür-
 gersfrei
 Hirschg. 43 Tel. 7211
 Zahle die höchsten Preise
 am heutigen Tage für aus-
 gegangene
Frauenhaare.
 Daaraufkäufer u. Friseur
 erhalten Vorzugspreise.
 Ekstar Defer, Daarhandl.
 Kaiserstraße 32, Tel. 1363.

Praktische Weihnachtsgeschenke!
 Größere Posten
Jacquard Decken
Schlafdecken
Bettdamastreste
 Lagerbesuch jedermann lohnend!
Arthur Baer, Kaiserstr. 133
 1 Treppe hoch (Eingang Kreuzstrasse.) 6107

Sohlenleder!
 im Auschnitt, sowie alle
 Sorten Schuhe in betan-
 ter Ausführung, auch wer-
 den Schuhe bei - ugabe
 des Leders angefertigt.
 Weidmügel Lager. 1000
 Leder- und Schäfte-
 handlung
Gg. Meyer
Durlach
 Schwanenstraße 4.

Damen-Pelze
 zu mäßigen Preisen im 5804
Pelz Haus
 Lehmann, Zirkel 32, 1 Treppe hoch.
 Sonntag, 17. Dezember, geöffnet.

Für Weihnachten
 empfehle ich
 Herrenwäsche, Damenwäsche
 Modeartikel, Wollwaren
 Handarbeiten
 in großer Auswahl.
Paul Burchard
 Kaisersstraße 143. 6016

Pfannkuch & Co.
 Unsere
Verkaufsstellen
 sind 6626
 Sonntag, 17. Dezember,
 von 1-6 Uhr nachmittags
geöffnet
Pfannkuch & Co.
 G. m. b. H.

ZU WEIHNACHTEN
 empfehle mein großes Lager in:
 Korbmöbel
 Korbwaren
 Blumentische
 Kinderstühle
 Kindertische
 Puppenwagen
 Kinderwagen
 Liegestühle
 zu billigsten Preisen 6001
J. HESS, KAISERSTR. 123, TELEF. 1566.

Daniels Konfektionshaus
 Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1 Treppe. 6007
 Keine Laden-, keine Personalspesen!
Große Posten la. Flausschmäntel,
 Tuchmäntel, Kindermäntel, Kostüme, Röcke,
 Kleider, Blusen, Strickjacken, Ueberbinden.
 An Sonntagen vor Weihnachten geöffnet!

Franz Haniel & Cie. o. m. d. H.
 Kohlen- und Schiffsahrt.
 Büro: Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.) Fernsprecher 4855
 liefert prompt, auch an nicht eingeschriebene Kunden 5917
 bezugscheinfreie Hausbrandkohlen u. Steinkohlen-
 briketts, Rohbraunkohlen, Koksgries, Preßtorf,
 Saarnuß- u. Stückkohlen, sowie Ruhr- u. engl. Koks.

Ankauf
 Alt-Gold-, Silber-
 gegenstände, Platin,
 Gebisse
 v. Zahn 800 m.
 und mehr 60-4
Ziegler
 Akademie-
 straße 20.
 Telephon 321.

Chaiselongue,
 Diwan, Matrasen,
 Neuankauf ganz sowie Re-
 paraturen in d. u. preiswert
 Kammerer,
 20 Erbprinzenstraße 20.

Felle!
 Kanin
 Hasen
 Ziegen
 Maulwürfe
 Katzen
 Marder
 Fische
 Tierhaare
 Menschenhaare
 kaufen und zahlen die
 höchsten Tagespreise
Lupollanski & Cie.
 Marienstr. 13, 2. Hof
 Telephon 1446.

Gänsefedern
 kauft zu höchsten Preisen.
W. Raier,
 Wühlburg,
 Wühlstr. 14.

Pfannkuch & Co.
Confituren
 Praliné
 in Weihnachts-
 packung
 Lebkuchen
 Gebäck
 Schokoladen
 Spezial-
 Abteilungen:
 Karl-Friedrich-
 straße 3
 Kaiserallee 73
 Bahnhofplatz
 Ehe-Karl- und
 Akademiestraße
Pfannkuch & Co.

CARL DIEHL
 Waldstrasse 38, neben „Weisser Berg“
 früher Kaiserstrasse 148
 Uhren, Gold-, Elfenbein-
 Schmuck, Juwelen
 Trauringe 6002
 Reparaturen - Ankauf v. Gold- u. Silber-
 Gegenständen zum höchsten Tagespreis

Spezialhaus in
Herren- und Damenkleider - Stoffen
 Seiden-Stoffe
 Samte
B
 Baumwollwaren
 Auss'euerartikel 6001
Wilh. Braunagel, Herrenstraße 7.

Juwelen u. Uhren-Haus
Oscar Kirschke
 am alten Bahnhof, Kriegsstr. 70
 Größtes Haus für antike Ware
 Karlsruhe
 Tel. 4780.
JUOKI
 Schutz-Marko

GRÖSSTES HAUS DIESER ART AM PLATZE
 Allergrößte Auswahl von Uhren jeder Art
Haus-, Wand-, Kuckucks-,
Küchen- und Weckeruhren
Taschen-Uhren
 in Gold, Silber, Nickel und Stahl
Armband-Uhren 6019
 in Gold- und Silber-Tula
Trauringe in 8 und 14 Karat Gold
 in Gold- und Silberschmuck Riesen-Auswahl
 Ringe, Armbänder, Broschen, Colliers, Ketten,
 Nadeln, Zigaretten-Etuis und Elfenbeinschmuck
 Vier große Lager- und Ausstellungsräume
 Zwei eigene Werkstätten - Bekannt für
 solide Ware - Kulante Bedienung - Billigste Preise

Pfannkuch & Co.
Weine
 Sektische,
 pflanzliche,
 rheinische
Rot- und
Weißweine
Süßweine
Siföre
Punsch
 Passende
 Weihnachts-
 Geschenke.
Pfannkuch & Co.